# Richtlinie 76/769/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für Beschränkungen des Inverkehrbringens und der Verwendung gewisser gefährlicher Stoffe und Zubereitungen

***Die Richtlinie ist mit Wirkung vom 01.06.2009 aufgehoben worden (1907/2006/EG)***

**Letzte Änderungen:** 2004/98/EG ABl. L 305 v. 1.10.2004 S. 63; 2005/59/EG ABl. L 309 v. 25.11.2005 S. 13; 2005/69/EG ABl. L 323 v. 09.12.2005 S. 51; 2005/84/EG ABl. L 344 v. 27.12.2005 S. 40; 2005/90/EG ABl. L 33 v. 4.2.2006 S. 28; 2006/139/EG ABl L 384 v. 29.12.2006 S. 94; 2006/122/EG ABl. L 372 v. 27.12.2006; 2007/51/EG ABl. L 257 v. 03.10.2007 S. 13; [1137/2008/EG](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:311:0001:0054:DE:PDF) ABl. L 331 v. 21.11.2008 S. 1 Inkrafttreten 11.12.2008; [1348/2008/EG](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:348:0108:0112:DE:PDF) ABl. L 348 v. 24.12.2008 S. 108; [455/2009/EG](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:137:0003:0006:DE:PDF) ABl. L 137 v. 03.06.2009 S. 3; [2009/424/EG](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:138:0008:0010:DE:PDF) ABl. L 138 v. 04.06.2009 S. 8; [2009/245/EG](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:138:0011:0013:DE:PDF) ABl. L 138 v. 04.06.2009 S. 11;

**Inhalt:**

[Richtlinie 76/769/EWG 1](#_Toc466364946)

[Artikel 1 2](#_Toc466364947)

[Artikel 2 2](#_Toc466364948)

[Artikel 2a 2](#_Toc466364949)

[Artikel 2b 2](#_Toc466364950)

[Artikel 3 3](#_Toc466364951)

[Artikel 4 3](#_Toc466364952)

[Anhang I 4](#_Toc466364953)

[Anlage zum Anhang I 33](#_Toc466364954)

[Anhang II 33](#_Toc466364955)

Der Rat der Europäischen Gemeinschaften -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 100,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments[[1]](#footnote-1),

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses[[2]](#footnote-2),

in Erwägung nachstehender Gründe:

Alle Vorschriften über das Inverkehrbringen von gefährlichen Stoffen und Zubereitungen müssen dem Schutz der Bevölkerung dienen, und zwar insbesondere dem Schutz der Personen, die mit solchen Stoffen und Zubereitungen umgehen.

Sie müssen dazu beitragen, daß die Umwelt vor allen Stoffen und Zubereitungen geschützt wird, die ökotoxische Eigenschaften besitzen oder die Umwelt verschmutzen können.

Sie müssen ferner die Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität der Menschen zum Ziel haben.

In den Mitgliedstaaten bestehen gesetzliche Regelungen für die gefährlichen Stoffe und Zubereitungen. Diese Regelungen weisen hinsichtlich des Inverkehrbringens und der Verwendung Unterschiede auf. Diese Unterschiede stellen ein Handelshemmnis dar und wirken sich unmittelbar auf die Errichtung und das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes aus.

Dieses Hemmnis muß folglich beseitigt werden. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, die hierfür in den Mitgliedstaaten bestehenden Rechtsvorschriften anzugleichen.

Für gewisse gefährliche Stoffe und Zubereitungen sind bereits Bestimmungen in Gemeinschaftsrichtlinien vorgesehen. Es ist nun aber erforderlich, für weitere Erzeugnisse eine Regelung zu treffen, insbesondere für solche, für die internationale Organisationen eine Beschränkung beschlossen haben. Dazu gehören die polychlorierten Biphenyle (PCB), für die der Rat der OECD bereits am 13. Februar 1973 einen Beschluß für eine Beschränkung der Herstellung und Verwendung gefaßt hat. Eine derartige Maßnahme ist erforderlich, um die Aufnahme von PCB in den menschlichen Körper und die daraus entstehenden Gesundheitsschäden zu verhüten.

Eingehende Untersuchungen haben ergeben, daß die Verwendung von polychlorierten Terphenylen (PCT) mit ähnlichen Risiken verbunden ist wie die Verwendung von PCB; das Inverkehrbringen und die Verwendung von PCT sind daher ebenfalls zu beschränken.

Dieser Problemkreis muß ferner regelmäßig überprüft werden, um schrittweise die völlige Einstellung der Verwendung von PCB und PCT zu erreichen.

Die Verwendung von Vinylchlorid (1-Chlor-äthen) als Treibgas für Aerosole bringt Gefahren für die menschliche Gesundheit mit sich; diese Art der Verwendung ist daher zu untersagen

- hat folgende Richtlinie erlassen:

## Artikel 1

(1) Unbeschadet anderer einschlägiger Gemeinschaftsvorschriften betrifft diese Richtlinie Beschränkungen des Inverkehrbringens und der Verwendung der im Anhang aufgeführten gefährlichen Stoffe und Zubereitungen in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft.

(2) Diese Richtlinie gilt nicht für

a) die Beförderung der gefährlichen Stoffe und Zubereitungen im Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs-, See- und Luftverkehr,

b) Stoffe und Zubereitungen für die Ausfuhr nach Drittländern,

c) Stoffe und Zubereitungen bei Durchfuhr unter zollamtlicher Überwachung, soweit sie nicht be- oder verarbeitet werden.

(3) Im Sinne dieser Richtlinie sind:

a) Stoffe:

chemische Elemente und deren Verbindungen, wie sie natürlich vorkommen oder in der Produktion anfallen;

b) Zubereitungen:

Gemenge, Gemische und Lösungen, die aus zwei oder mehreren Stoffen bestehen.

c) Babyartikel:

jedes Erzeugnis, das dazu bestimmt ist, den Schlaf, die Entspannung, die Hygiene, das Füttern und das Saugen von Kindern zu erleichtern.

## Artikel 2

Die Mitgliedstaaten treffen alle zweckdienlichen Maßnahmen, damit die im Anhang aufgeführten gefährlichen Stoffe und Zubereitungen nur unter den dort angegebenen Bedingungen in den Verkehr gebracht oder verwendet werden. Diese Beschränkungen gelten nicht für das Inverkehrbringen oder die Verwendung zu Forschungs-, Entwicklungs- und Analysezwecken.

## Artikel 2a

Die Kommission kann bezüglich der unter diese Richtlinie fallenden Stoffe und Zubereitungen Anpassungen der Anhänge dieser Richtlinie an den technischen Fortschritt vornehmen. Diese Maßnahmen zur Änderung nicht wesentlicher Bestimmungen dieser Richtlinie werden nach dem in Artikel 2b Absatz 2 genannten Regelungsverfahren mit Kontrolle erlassen. Aus Gründen äußerster Dringlichkeit kann die Kommission auf das in Artikel 2b Absatz 3 genannte Dringlichkeitsverfahren zurückgreifen.

## Artikel 2b

(1) Die Kommission wird von dem durch Artikel 29 Absatz 1 der Richtlinie 67/548/EWG des Rates[[3]](#footnote-3) eingesetzten Ausschuss unterstützt.

(2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten Artikel 5a Absätze 1 bis 4 und Artikel 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8.

(3) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten Artikel 5a Absätze 1, 2, 4 und 6 sowie Artikel 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8.

## Artikel 3

(1) Die Mitgliedstaaten setzen die erforderlichen Vorschriften in Kraft, um dieser Richtlinie binnen 18 Monaten nach ihrer Bekanntgabe nachzukommen, und setzen die Kommission hiervon unverzüglich in Kenntnis.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen.

## Artikel 4

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

## Anhang I

| Bezeichnung des Stoffes, der Stoffgruppen oder der Zubereitungen | | Beschränkungsbedingungen | | |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| 1. | Polychlorierte Biphenyle (PCB) mit Ausnahme von mono- und dichlorierten Biphenylen  - Polychlorierte Terphenyle (PCT)  - Zubereitungen, einschließlich Altöle, die mehr als 0,005 Gewichtsprozent PCB oder PCT enthalten. | Nicht zugelassen. Folgende Kategorien sind jedoch unter den nachstehend aufgeführten Bedingungen zugelassen: | | |
| 1. | längstens bis zum 30. Juni 1986: elektrische Vorrichtungen in geschlossenem System: Transformatoren, Widerstände und Drosselspulen; | |
| 2. | längstens bis zum 30. Juni 1986: große Kondensatoren (≥ 1 kg Gesamtgewicht); | |
|  |  | 3. | längstens bis zum 30. Juni 1986: kleine Kondensatoren (vorausgesetzt, dass die PCB höchstens 43 % Chlor und nicht mehr als 3,5 % pentachloriertes Biphenyl oder stärker chlorierte Biphenyle enthalten); | |
|  |  | 4. | längstens bis zum 30. Juni 1986: Wärmeübertragungsflüssigkeiten in geschlossenen Wärmeübertragungssystemen; | |
|  |  | 5. | längstens bis zum 30. Juni 1986: Hydraulikflüssigkeiten für untertägige Bergwerksanlagen:  - die Verwendung der unter den Nummern 1 bis 5 genannten Geräte, Vorrichtungen und Flüssigkeiten, die zum 30. Juni 1986 benutzt werden, bleibt bis zu ihrer Beseitigung bzw. bis zum Ende ihrer Lebensdauer zulässig,  - die Mitgliedstaaten können jedoch aus Gründen des Gesundheits- und Umweltschutzes vor der Beseitigung bzw. dem Ende der Lebensdauer dieser Geräte, Vorrichtungen und Flüssigkeiten deren Verwendung in ihrem Gebiet untersagen,  - diese Geräte, Vorrichtungen und Flüssigkeiten, die nicht zur Beseitigung bestimmt sind, dürfen ab 30. Juni 1986 nicht mehr als Gebrauchtgüter in den Verkehr gebracht werden,  - ist die Verwendung von Ersatzstoffen nach Ansicht der Mitgliedstaaten aus technischen Gründen nicht möglich, so können sie die Verwendung von PCB und PCT sowie deren Zubereitungen weiterhin zulassen, sofern diese Stoffe und Zubereitungen ausschließlich dazu bestimmt sind, bei normaler Instandhaltung der betreffenden Geräte den Stand der PCB enthaltenden Flüssigkeiten in bestehenden Vorrichtungen, die sich in gutem Betriebszustand befinden und vor Inkrafttreten dieser Richtlinie gekauft worden sind, aufzufüllen; | |
|  |  | 6. | längstens bis zum 30. Juni 1986: Ausgangs- und Zwischenprodukte für die Weiterverarbeitung zu anderen Produkten, die nicht unter das Verbot der Richtlinie 76/769/EWG und der Richtlinien zu ihrer Änderung fallen; nach dem 30. Juni 1986 können die Mitgliedstaaten unter der Voraussetzung, dass sie der Kommission zuvor eine mit Gründen versehene Mitteilung gemacht haben, Abweichungen von dem Verbot des Inverkehrbringens und der Verwendung dieser Ausgangs- und Zwischenprodukte gewähren, sofern sie der Ansicht sind, dass dies keine gefährlichen Folgen für Mensch und Umwelt hat. | |
| 2. | Vinylchlorid (1-Chlor-äthen) | Nicht zugelassen als Treibgas für Aerosole, gleichgültig für welchen Verwendungszweck. | | |
| 3. | Flüssige Stoffe oder Gemische, die nach den Definitionen der Richtlinie 67/548/EWG des Rates (\*) und der Richtlinie 1999/45/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (\*\*) als gefährlich gelten | 1. | Dürfen nicht verwendet werden  - in Dekorationsgegenständen, die zur Erzeugung von Licht- oder Farbeffekten (durch Phasenwechsel), z.B. in Stimmungslampen und Aschenbechern, bestimmt sind;  - in Scherzspielen;  - in Spielen für einen oder mehrere Teilnehmer oder in Artikeln, die zur Verwendung als solche, auch zur Dekoration, bestimmt sind. | |
|  |  | 2. | Artikel, die die Anforderungen von Absatz 1 nicht erfüllen, dürfen nicht in Verkehr gebracht werden. | |
|  |  | 3. | Dürfen nicht in Verkehr gebracht werden, wenn sie einen Farbstoff — außer aus steuerlichen Gründen — und/oder einen Duftstoff enthalten, sofern  - sie als Brennstoff für die Abgabe an private Verbraucher in dekorativen Öllampen verwendet werden können und  - sie als bei Aspiration gefährlich eingestuft und mit R65 oder H304 gekennzeichnet sind. | |
|  |  | 4. | Für die Abgabe an private Verbraucher bestimmte dekorative Öllampen dürfen nicht in Verkehr gebracht werden, es sei denn, sie erfüllen die vom Europäischen Komitee für Normung (CEN) verabschiedete europäische Norm für dekorative Öllampen (EN 14059). | |
|  |  | 5. | Unbeschadet der Durchführung anderer Gemeinschaftsbestimmungen über die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und Gemische stellen die Lieferanten vor dem Inverkehrbringen sicher, dass folgende Anforderungen erfüllt sind:  a) Mit R65 oder H304 gekennzeichnete und für die Abgabe an private Verbraucher bestimmte Lampenöle tragen gut sichtbar, lesbar und unauslöschlich folgende Vermerke:  ‚Mit dieser Flüssigkeit gefüllte Lampen sind für Kinder unzugänglich aufzubewahren‘ sowie ab dem 1. Dezember 2010 ‚Bereits ein kleiner Schluck Lampenöl — oder auch nur das Saugen an einem Lampendocht — kann zu einer lebensbedrohlichen Schädigung der Lunge führen‘.  b) Mit R65 oder H304 gekennzeichnete und für die Abgabe an private Verbraucher bestimmte flüssige Grillanzünder tragen ab dem 1. Dezember 2010 gut lesbar und unauslöschlich folgenden Vermerk: ‚Bereits ein kleiner Schluck Grillanzünder kann zu einer lebensbedrohlichen Schädigung der Lunge führen‘.  c) Mit R65 oder H304 gekennzeichnete und für die Abgabe an private Verbraucher bestimmte Lampenöle und Grillanzünder werden ab dem 1. Dezember 2010 in schwarzen undurchsichtigen Behältern mit höchstens 1 Liter Füllmenge abgepackt. | |
|  |  | 6. | Bis spätestens 1. Juni 2014 ersucht die Kommission die Europäische Chemikalienagentur, ein Dossier gemäß Artikel 69 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (\*\*\*) (REACH) auszuarbeiten, damit gegebenenfalls ein Verbot von mit R65 oder H304 gekennzeichneten und für die Abgabe an private Verbraucher bestimmten flüssigen Grillanzündern und Brennstoffen für dekorative Lampen erlassen wird. | |
|  |  | 7. | Natürliche oder juristische Personen, die mit R65 oder H304 gekennzeichnete Lampenöle und flüssige Grillanzünder erstmals in Verkehr bringen, übermitteln bis 1. Dezember 2011 sowie danach jährlich der zuständigen Behörde des betreffenden Mitgliedstaats Daten über Alternativen zu mit R65 oder H304 gekennzeichneten Lampenölen und flüssigen Grillanzündern. Die Mitgliedstaaten machen diese Daten der Kommission zugänglich. | |
| (\*) ABl. 196 vom 16.8.1967, S. 1.  (\*\*) ABl. L 200 vom 30.7.1999, S. 1.  (\*\*\*) ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1. Berichtigte Fassung im ABl. L 136 vom 29.5.2007, S. 3. | | | | |
| 4. | Tri-(2,3-Dibrompropyl)-Phosphat CAS-Nr. 126-72-7 | Nicht zugelassen in Textilartikeln, die dazu bestimmt sind, mit der Haut in Kontakt zu kommen, beispielsweise in Kleidungsstücken, Wirkwaren und Wäsche. | | |
| 5. | Benzol CAS-Nr. 71-43-2 | Nicht zugelassen in Spielwaren oder Teilen von Spielwaren, die in den Verkehr gebracht werden, wenn die Konzentration an frei verfügbarem Benzol höher als 5 mg/kg des Gewichts der Spielwaren bzw. Teile von Spielwaren ist.  Nicht zugelassen in Konzentrationen von ≥ 0,1 Masse-% in im Handel erhältlichen Stoffen und Zubereitungen.  In Abweichung hiervon gilt diese Vorschrift nicht für  a) Treibstoffe, die unter die Richtlinie 85/210/EWG fallen;  b) Stoffe und Zubereitungen, die bei industriellen Verfahren zur Anwendung kommen, bei denen Benzol nicht in höheren Konzentrationen freigesetzt werden kann als in bestehenden Rechtsvorschriften festgelegt ist;  c) Abfälle, die in den Geltungsbereich der Richtlinien 75/442/EWG und 78/319/ EWG fallen. | | |
| 6. | Asbestfibern |  |  | |
| 6.1 | Krokydolith, CAS Nr. 12001-28-4 Amosit, CAS Nr. 12172-73-5 Anthophyllit Asbest, CAS Nr. 77536-67-5 Aktinolith Asbest, CAS Nr. 77536-66-4 Tremolit Asbest, CAS Nr. 77536-68-6 | 6.1. | Das Inverkehrbringen und die Verwendung dieser Fasern und von Erzeugnissen, denen diese Fasern absichtlich zugesetzt werden, wird verboten. | |
| 6.2 | Chrysotil, CAS Nr. 12001-29-5 | 6.2. | Das Inverkehrbringen und die Verwendung dieser Fasern und von Erzeugnissen, denen diese Fasern absichtlich zugesetzt werden, wird verboten.  Die Mitgliedstaaten dürfen jedoch Diaphragmen für bestehende Elektrolyseanlagen von dieser Regelung ausnehmen, bis deren Nutzungsdauer abgelaufen ist, oder bis geeignete asbestfreie Substitute verfügbar werden, je nachdem, welcher dieser beiden Fälle zuerst eintritt. Die Kommission wird diese Ausnahmeregelung vor dem 1. Januar 2008 überprüfen.  Die Verwendung von Erzeugnissen, die Asbestfasern gemäß Nummer 6.1 und 6.2 enthalten, und die schon vor dem Datum der Umsetzung der Richtlinie 1999/77/EG durch den betreffenden Mitgliedstaat installiert bzw. in Betrieb waren, ist weiterhin erlaubt, bis diese Erzeugnisse beseitigt sind, oder bis ihre Nutzungsdauer abgelaufen ist. Jedoch, aus Gründen des Gesundheitsschutzes können die Mitgliedstaaten die Verwendung solcher Erzeugnisse innerhalb ihres Territoriums verbieten, bevor diese Erzeugnisse beseitigt sind oder ihre Nutzungsdauer abgelaufen ist.  Unbeschadet der Anwendung anderer Gemeinschaftsvorschriften über die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen können das gemäß den vorstehenden Ausnahmeregelungen erfolgende Inverkehrbringen und die gemäß den vorstehenden Ausnahmeregelungen erfolgende Verwendung dieser Fasern sowie von Erzeugnissen, die diese Fasern enthalten, nur gestattet werden, wenn die Erzeugnisse ein Etikett gemäß Anhang II der Richtlinie 76/769/EWG tragen. | |
| 8. | Tris-(aziridinyl)-phosphinoxid CAS Nr. 5455-55-1 | Nicht zugelassen in Textilartikeln, die dazu bestimmt sind, mit der Haut in Kontakt zu kommen, beispielsweise Kleidungsstücke, Wirkwaren und Wäsche. | | |
| 9. | Polybromierte Biphenyle (PBB) CAS Nr. 59536-65-1 |
| 10. | Panamarindenpulver (Quillaja saponaria) und seine Saponine enthaltenden Derivate  Pulver aus der Wurzel der grünen Nieswurz (Helleborus viridis) und der schwarzen Nieswurz (Helle-borus niger)  Pulver aus der Wurzel der weißen Nieswurz (Veratrum album) und der schwarzen Nieswurz bzw. schwarzer Germer (Veratrum nigrum)  Benzidin und/oder seine Derivate  o-Nitrobenzaldehyd  CAS Nr. 552-89-6  Holzstaub | Nicht zugelassen in Scherzartikeln oder Gegenständen, die als solche verwendet werden können, beispielsweise als Bestandteil von Niespulver und Stinkbomben.  Die Mitgliedstaaten können jedoch Stinkbomben, deren Inhalt 1,5 ml nicht überschreitet, in ihrem Gebiet dulden. | | |
| 11. | Ammoniumsulfid und Ammoniumbisulfid CAS Nr. 12135-76-1 CAS Nr. 12124-99-1  Ammoniumpolysulfide CAS Nr. 12259-92-6 | Nicht zugelassen in Scherzartikeln oder Gegenständen, die als solche verwendet werden können, beispielsweise als Bestandteil von Niespulver und Stinkbomben.  Die Mitgliedstaaten können jedoch Stinkbomben, deren Inhalt 1,5 ml nicht überschreitet, in ihrem Gebiet dulden. | | |
| 12. | Flüchtige Ester der Bromessigsäure: Methylbromacetat CAS Nr. 96-32-2  Äthylbromacetat CAS Nr. 105-36-2  Propylbromacetat  Butylbromacetat |
| 13. | 2-Naphtylamin CAS-Nr. 91-59-8 und seine Salze | Nicht zugelassen in Konzentrationen von ≥ 0,1 Masse-% in im Handel erhältlichen Stoffen und Zubereitungen. | | |
| 14. | Benzidin CAS-Nr. 92-87-5 und seine Salze | In Abweichung hiervon gilt diese Vorschrift nicht für Abfälle, die einen oder mehrere Stoffe enthalten und in den Geltungsbereich der Richtlinien 75/442/ EWG und 78/319/EWG fallen. | | |
| 15. | 4-Nitrodiphenyl CAS-Nr. 92-93-3 |
| 16. | Biphenyl-4-ylamin CAS-Nr. 92-67-1 und seine Salze | Diese Stoffe und Zubereitungen dürfen nicht an die breite Öffentlichkeit verkauft werden.  Unbeschadet der Anwendung sonstiger gemeinschaftlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Einstufung, Verpackung und Etikettierung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen muss auf der Verpackung solcher Zubereitungen folgendes gut leserlich und unzerstörbar angegeben sein:  "Nur für gewerbliche Verbraucher." | | |
| 17. | Bleicarbonate  - wasserfreies neutrales Karbonat PbCO3 CAS-Nr. 598-63-0  - Bleihydrokarbonat 2 PbCO3 Pb(OH)2 CAS-Nr. 1319-46-6 | Nicht zugelassen als Stoffe oder Komponenten von Zubereitungen, die zur Verwendung als Farben bestimmt sind, ausgenommen für die Restaurierung und Unterhaltung von Kunstwerken sowie von historischen Gebäuden und ihrer Inneneinrichtungen, wenn ein Mitgliedstaat in seinem Hoheitsgebiet die Genehmigung dazu gemäß dem IAO-Übereinkommen Nr. 13 über die Verwendung von Bleiweiß in Farben erteilen will. | | |
| 18. | Bleisulfat PbSO4 (1:1) CAS-Nr. 7446-14-2 PbxSO4 CAS-Nr. 15739-80-7 | Nicht zugelassen als Stoffe oder Komponenten von Zubereitungen, die zur Verwendung als Farben bestimmt sind, ausgenommen für die Restaurierung und Unterhaltung von Kunstwerken sowie von historischen Gebäuden und ihrer Inneneinrichtungen, wenn ein Mitgliedstaat in seinem Hoheitsgebiet die Genehmigung dazu gemäß dem IAO-Übereinkommen Nr. 13 über die Verwendung von Bleiweiß in Farben erteilen will. | | |
| 19. | Quecksilberverbindungen | Nicht zugelassen als Stoffe oder Komponenten von Zubereitungen, die bestimmt sind  a) zur Verhinderung des Bewuchses durch Mikroorganismen, Pflanzen oder Tiere an  - Bootskörpern;  - Kästen, Schwimmern, Netzen sowie anderen Geräten oder Einrichtungen für die Fisch- und Muschelzucht;  - völlig oder teilweise untergetauchten Geräten oder Einrichtungen jeder Art;  b) zum Schutz von Holz;  c) zur Imprägnierung von schweren industriellen Textilien und von zu deren Herstellung vorgesehenen Garnen;  d) zur Aufbereitung von Brauchwasser im industriellen, gewerblichen und kommunalen Bereich, unabhängig von seiner Verwendung. | | |
| 19a | Quecksilber  CAS Nr. 7439-97-6 | 1. | Darf nicht in Verkehr gebracht werden:  a) in Fieberthermometern,  b) in anderen zum Verkauf an die breite Öffentlichkeit bestimmten Messinstrumenten (z.B. Manometer, Barometer, Sphygmomanometer, andere Thermometer als Fieberthermometer). |
|  |  | 2. | Die in Absatz 1 Buchstabe b genannte Beschränkung gilt nicht für:  a) Messinstrumente, die am 3. Oktober 2007 älter als 50 Jahre sind, oder  b) Barometer (ausgenommen Barometer im Sinne von Buchstabe a)) bis zum 3. Oktober 2009. |
|  |  | 3. | Bis zum 3. Oktober 2009 prüft die Kommission, ob für quecksilberhaltige Sphygmomanometer und andere quecksilberhaltige Messinstrumente zur Verwendung im medizinischen Bereich oder für andere gewerbliche und industrielle Zwecke zuverlässige, technisch und wirtschaftlich durchführbare und weniger bedenkliche Alternativen verfügbar sind.  Auf der Grundlage dieser Prüfung oder sobald neue Erkenntnisse über zuverlässige und weniger bedenkliche Alternativen für quecksilberhaltige Sphygmomanometer und andere quecksilberhaltige Messinstrumente vorliegen, unterbreitet die Kommission gegebenenfalls einen Legislativvorschlag, um die Beschränkung nach Absatz 1 auf Sphygmomanometer und andere Messinstrumente zur Verwendung im medizinischen Bereich oder für andere gewerbliche und industrielle Zwecke auszudehnen, so dass quecksilberhaltige Messinstrumente nicht mehr zum Einsatz kommen, wann immer dies technisch und wirtschaftlich durchführbar ist. |
| 20. | Arsenverbindungen | 1. | Dürfen nicht als Stoffe oder Bestandteile von Zubereitungen in den Verkehr gebracht oder verwendet werden, die bestimmt sind zur Verhinderung des Bewuchses durch Mikroorganismen, Pflanzen oder Tiere an  - Bootskörpern,  - Käfigen, Schwimmern, Netzen sowie anderen Geräten oder Einrichtungen für die Fisch- und Muschelzucht;  - völlig oder teilweise im Wasser liegenden Geräten oder Einrichtungen jeder Art. | |
| 2. | Dürfen nicht als Stoffe oder Bestandteile von Zubereitungen in den Verkehr gebracht oder verwendet werden, die zur Aufbereitung von Brauchwasser bestimmt sind, unabhängig von seiner Verwendung. | |
| 3. | Dürfen nicht als Holzschutzmittel verwendet werden. Damit behandeltes Holz darf nicht in den Verkehr gebracht werden. | |
| 4. | Hiervon bestehen jedoch folgende Ausnahmen:  a) Für Stoffe und Zubereitungen für den Holzschutz: Diese dürfen lediglich in Industrieanlagen im Vakuum oder unter Druck zur Imprägnierung von Holz in Form von Lösungen anorganischer Verbindungen von Kupfer-Chrom-Arsen (CCA), Typ C, zum Einsatz kommen und unter der Voraussetzung, dass sie nach der Richtlinie 98/8/EG Artikel 5 Absatz 1 zugelassen sind. Holz, das so behandelt ist, darf nicht vermarktet werden, bevor das Schutzmittel vollständig fixiert ist.  b) Mit CCA-Lösungen gemäß Buchstabe a in Industrieanlagen behandeltes Holz kann für die gewerbliche und industrielle Verwendung in den Verkehr gebracht werden, vorausgesetzt, dass die Unversehrtheit der Holzstruktur zur Sicherheit von Mensch oder Vieh erforderlich ist und ein Hautkontakt der allgemeinen Bevölkerung während der Einsatzdauer unwahrscheinlich ist:  - als Bauholz in öffentlichen und landwirtschaftlichen Gebäuden, Bürogebäuden und Industriebetrieben,  - in Brücken und bei Brückenbauarbeiten,  - als Bauholz in Binnengewässern und Brackwasser, z. B. für Molen und Brücken,  - als Lärmschutz,  - als Lawinenschutz,  - als Leitplanken und Schranken an Straßen,  - als entrindete Rundnadelhölzer für Weidezäune,  - in Erdstützwänden,  - als Strom- und Telekommunikationsmasten,  - als Gleisschwellen für Untergrundbahnen.  c) Unbeschadet anderer Gemeinschaftsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen muss sämtliches behandeltes Holz, das in den Verkehr gebracht wird, einzeln die Aufschrift tragen: ‚Verwendung nur in Industrieanlagen und zu gewerblichen Zwecken, enthält Arsen.‘ Darüber hinaus muss sämtliches in Paketen in den Verkehr gebrachtes Holz die Aufschrift tragen: ‚Bei der Handhabung des Holzes Handschuhe tragen. Wird dieses Holz geschnitten oder anderweitig bearbeitet, Staubmaske und Augenschutz tragen. Abfälle dieses Holzes sind von zugelassenen Unternehmen als gefährliche Abfälle zu behandeln. | |
|  |  | d) | Die Verwendung von gemäß Buchstabe a behandeltem Holz ist jedoch verboten:  - in Wohnbauten, unabhängig von ihrer Zweckbestimmung,  - in Anwendungen mit dem Risiko eines wiederholten Hautkontakts,  - in Meeresgewässern,  - für landwirtschaftliche Zwecke außer Weidezäunen und Bauholz, nach Buchstabe b,  - in Anwendungen, bei denen das behandelte Holz mit Zwischen- oder Endprodukten in Kontakt kommen kann, die für den menschlichen und/oder tierischen Verzehr bestimmt sind. | |
|  |  | 5. | Mit Arsenverbindungen behandeltes Holz, das vor dem 30. September 2007 in der Gemeinschaft genutzt oder nach den Bestimmungen dieser Richtlinie in den Verkehr gebracht wurde, kann bis zum Ende seiner Lebensdauer eingebaut bleiben und weiterverwendet werden. | |
|  |  | 6. | Mit CCA-Lösungen, Typ C, behandeltes Holz, das vor dem 30. September 2007 in der Gemeinschaft genutzt oder nach den Bestimmungen dieser Richtlinie in den Verkehr gebracht wurde:  - kann nach den unter Ziffer 4 Buchstaben b, c und d genannten Verwendungsbedingungen genutzt oder wiederverwendet werden;  - kann nach den unter Ziffer 4 Buchstaben b, c und d genannten Verwendungsbedingungen auf dem Gebrauchtmarkt angeboten werden. | |
|  |  | 7. | Die Mitgliedstaaten können zulassen, dass mit anderen Typen von CCA-Lösungen behandeltes Holz, das vor dem 30. September 2007 in der Gemeinschaft genutzt wurde,  - nach den unter Ziffer 4 Buchstaben b, c und d genannten Verwendungsbedingungen genutzt oder wiederverwendet wird;  - nach den unter Ziffer 4 Buchstaben b, c und d genannten Verwendungsbedingungen auf dem Gebrauchtmarkt angeboten wird. | |
| 21. | Zinnorganische Verbindungen | 1. | dürfen nicht als Stoffe oder Komponenten von Zubereitungen in den Verkehr gebracht werden, wenn sie als Biozide in Farben wirken, deren Bestandteile chemisch nicht gebunden sind. | |
|  |  | 2. | dürfen nicht als Stoffe oder Komponenten von Zubereitungen in den Verkehr gebracht werden, die als Biozide dazu dienen, an folgenden Gegenständen den Bewuchs durch Mikroorganismen, Pflanzen oder Tiere zu verhindern:  a) an allen Fahrzeugen unabhängig von ihrer Länge, die auf Seewasserstraßen, Wasserstraßen im Küsten- und Ästuarbereich, Binnenwasserstraßen sowie Seen eingesetzt werden;  b) an Kästen, Schwimmern, Netzen sowie anderen Geräten oder Einrichtungen für die Fisch- und Muschelzucht;  c) an völlig oder teilweise untergetauchten Geräten oder Einrichtungen jeder Art. | |
|  |  | 3. | sind nicht zugelassen als Stoffe oder Komponenten von Zubereitungen, die zur Aufbereitung von Brauchwasser bestimmt sind. | |
|  |  | 4. | Trisubstituierte zinnorganische Verbindungen  a) Trisubstituierte zinnorganische Verbindungen wie etwa Tributylzinnverbindungen (TBT) und Triphenylzinnverbindungen (TPT) dürfen nach dem 1. Juli 2010 nicht mehr in Erzeugnissen verwendet werden, wenn die Konzentration von Zinn in dem Erzeugnis oder in Teilen davon 0,1 Gew.-% übersteigt.  b) Erzeugnisse, die nicht mit Nummer 4 Buchstabe a in Einklang stehen, dürfen nach dem 1. Juli 2010 nicht mehr in Verkehr gebracht werden; ausgenommen davon sind Erzeugnisse, die bereits vor diesem Zeitpunkt in der Gemeinschaft in Verwendung waren. | |
|  |  | 5. | Dibutylzinnverbindungen (DBT)  a) Dibutylzinnverbindungen (DBT) dürfen nach dem 1. Januar 2012 nicht mehr in Gemischen und Erzeugnissen verwendet werden, die dazu bestimmt sind, an die breite Öffentlichkeit abgegeben zu werden, wenn die Konzentration von Zinn in dem Gemisch oder Erzeugnis bzw. in Teilen davon 0,1 Gew.-% übersteigt.  b) Erzeugnisse und Gemische, die nicht mit Nummer 5 Buchstabe a in Einklang stehen, dürfen nach dem 1. Januar 2012 nicht mehr in Verkehr gebracht werden; ausgenommen davon sind Erzeugnisse, die bereits vor diesem Zeitpunkt in der Gemeinschaft in Verwendung waren.  c) Abweichend davon gilt Nummer 5 Buchstaben a und b bis zum 1. Januar 2015 nicht für die nachstehenden Erzeugnisse und Gemische, die dazu bestimmt sind, an die breite Öffentlichkeit abgegeben zu werden:  - Ein-Komponenten- und Zwei-Komponenten-Raumtemperatur­vulkanisierungs-Dichtungsmittel (RTV-1- und RTV-2-Dichtungsmittel) und Klebstoffe;  - Farben und Beschichtungen, die DBT-Verbindungen als Katalysatoren enthalten, wenn diese auf Erzeugnissen aufgetragen sind;  - weiche Polyvinylchlorid-(PVC)-Profile, mit Hart-PVC koextrudiert oder nicht;  - Gewebe, die mit PVC beschichtet sind, das DBT-Verbindungen als Stabilisatoren enthält, wenn sie für die Verwendung im Freien vorgesehen sind;  - im Freien befindliche Regenwasserleitungen, Regenrinnen und Anschlussteile sowie Dach- und Fassadenverkleidungsmaterial.  d) Abweichend davon gilt Nummer 5 Buchstaben a und b nicht für Materialien und Erzeugnisse, die unter die Verordnung (EG) Nr. 1935/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Oktober 2004 über Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (\*), fallen. | |
|  |  | 6. | Dioctylzinnverbindungen (DOT)  a) Dioctylzinnverbindungen (DOT) dürfen nach dem 1. Januar 2012 nicht mehr in den nachstehend aufgeführten Erzeugnissen verwendet werden, die dazu bestimmt sind, an die breite Öffentlichkeit abgegeben oder von dieser verwendet zu werden, wenn die Konzentration von Zinn in dem Erzeugnis oder in Teilen davon 0,1 Gew.-% übersteigt:  - Textilartikel, die dazu bestimmt sind, mit der Haut in Kontakt zu kommen;  - Handschuhe;  - Schuhe oder Teile davon, die dazu bestimmt sind, mit der Haut in Kontakt zu kommen;  - Wand- und Bodenverkleidungen;  - Babyartikel;  - Damenhygieneartikel;  - Windeln;  - Zwei-Komponenten-Raumtemperaturvulkanisierungs-Abform-Sets (RTV-2-Abform-Sets).  b) Erzeugnisse, die nicht mit Nummer 6 Buchstabe a in Einklang stehen, dürfen nach dem 1. Januar 2012 nicht mehr in Verkehr gebracht werden; ausgenommen davon sind Erzeugnisse, die bereits vor diesem Zeitpunkt in der Gemeinschaft in Verwendung waren. | |
| (\*) ABl. L 338 vom 13.11.2004, S. 4. | | | | |
| 22. | Di-µ-oxo-di-n-butylstanniohydroxyboran (C8H19BO3Sn, CAS-Nr. 75113-37-0) (DBB) | Nicht zugelassen in Konzentrationen von ≥ 0,1 % in im Handel erhältlichen Stoffen und Komponenten von Zubereitungen. In Abweichung hiervon gilt diese Vorschrift nicht, wenn dieser Stoff (DBB) oder die ihn enthaltenden Zubereitungen ausschließlich zu Endprodukten verarbeitet werden, in denen er nicht mehr in einer Konzentration von ≥ 0,1 % vorhanden ist. | | |
| 23. | Pentachlorphenol (CAS Nr. 87-86-5) und seine Salze und Ester | Nicht zugelassen in einer Konzentration von 0,1 % Masse oder mehr in den in den Verkehr gebrachten Stoffen oder Zubereitungen.  Abweichend hiervon können Frankreich, Irland, Portugal, Spanien und das Vereinigte Königreich beschließen, diese Bestimmung bis zum 31. Dezember 2008 nicht auf Stoffe und Zubereitungen anzuwenden, die dazu bestimmt sind, in industriellen Verfahren eingesetzt zu werden, bei denen Pentachlorphenol (PCP)-Emissionen und/oder -Ableitungen nicht in höheren als den nach den bestehenden Rechtsvorschriften zulässigen Mengen entstehen können: | | |
|  |  | a) | zur Behandlung von Holz. Jedoch darf behandeltes Holz nicht verwendet werden  - innerhalb von Gebäuden, ob zu dekorativen oder anderen Zwecken, unabhängig von der Zweckbestimmung dieser Gebäude (Wohnung, Arbeit, Freizeitgestaltung),  - für die Anfertigung und Behandlung von  i) Behältern für lebende Pflanzen,  ii) Verpackungen, die mit Rohmaterialien, Zwischen- und/oder Enderzeugnissen für die menschliche und/oder tierische Ernährung in Berührung kommen,  iii) anderen Materialien, die die unter i) und ii) angeführten Erzeugnisse kontaminieren können; | |
|  |  | b) | für die Imprägnierung von Fasern und schweren Textilien, die auf keinen Fall aber für Bekleidung oder als Dekorationsmaterial für Möbel verwendet werden dürfen; | |
|  |  | c) | als besondere Ausnahmeregelung dürfen die Mitgliedstaaten in ihrem Hoheitsgebiet von Fall zu Fall bei Gebäuden, die Teil ihres kulturellen, künstlerischen und historischen Erbes sind und deren Gebälk und Mauerwerk mit „dry rot fungus“ (Serpula lacrymans) sowie „cubic rot fungus'“ befallen sind, sowie in Notfällen die kurative Behandlung vor Ort durch spezialisierte Fachleute gestatten. | |
|  |  | Auf jeden Fall | | |
|  |  | a) | darf das im Rahmen der vorgenannten Ausnahmeregelungen zum Einsatz gelangende Pentachlorphenol, das in Reinform oder als Bestandteil von Zubereitungen verwendet wird, einen Gesamtgehalt an Hexachloridibenzoparadioxin (HCDD) von nicht mehr als 2 ppm (parts per million) aufweisen; | |
|  |  | b) | dürfen die betreffenden Stoffe und Zubereitungen  - nur in Behältnissen mit einem Fassungsvermögen von mindestens 20 l in den Verkehr gebracht werden,  - nicht an jedermann verkauft werden. | |
|  |  | Unbeschadet anderer Gemeinschaftsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen muss die Verpackung derartiger Zubereitungen leserlich und unverwischbar die Aufschrift tragen:  „Nur für gewerbliche Anwender/Fachleute“.  Diese Bestimmung gilt nicht für Abfall, der Gegenstand der Richtlinien 75/ 442/EWG[[4]](#footnote-4) und 91/689/EWG[[5]](#footnote-5) ist. | | |
| 24. | Cadmium (CAS-Nr. 7440-43-9) und Cadmiumverbindungen | 1.1. | Dürfen nicht für die Einfärbung der aus den nachstehenden Ausgangsstoffen und Zubereitungen hergestellten Fertigerzeugnisse verwendet werden:  - Polyvinylchlorid (PVC) [3904 10]  [3904 21]  [3904 22]  - Polyurethan (PUR) [3909 50]  - Polyethylen niedriger Dichte mit Ausnahme des für die Herstellung von Pigmentpräparationen[[6]](#footnote-6) ("master batch") verwendeten Polyethylens niedriger Dichte [3901 10]  - Celluloseacetat (CA) [391211][391212]  - Celluloseacetobutyrat  (CAB) [3912 11] [391212]  - Epoxydharze [3907 30]  Das Inverkehrbringen von mit Cadmium gefärbten Fertigerzeugnissen oder von Bestandteilen dieser Erzeugnisse, die aus den vorstehend genannten Ausgangstoffen und Zubereitungen hergestellt werden, ist auf jeden Fall - unabhängig von ihrer Verwendung oder endgültigen Bestimmung - verboten, wenn ihr Cadmiumgehalt(CD-Metall) 0,01 % Massenanteile des Kunststoffs übersteigt. | |
|  |  | 1.2. | Nummer 1.1 gilt mit Wirkung vom 31. Dezember 1995 auch für  a) die aus folgenden Stoffen und Zubereitungen hergestellten Fertigerzeugnisse:  - Melaminharz-  formaldehyd (MF) [3909 20]  - Harnstofform-  aldehyd (UF) [3909 10]  - ungesättigte  Polyester (UP) [3907 91]  - Polyethylen-  terephtalat (PET ) [3907 60]  - Polybuthylen-  terephtalat (PBT)  - Polystyrol  glasklar/Standard [3903 11] [3903 19]  - Acrylnitrilmethyl-  metacrylat (AMMA)  - vernetztes Polyethylen  (VPE)  - Polystyrol,  schlagfest (SB)  - Polypropylen (PP) [3902 10]  b) Anstrichfarben und  Lacke [3208] [3209] | |
|  |  | Wenn die Anstrichfarben und Lacke jedoch einen hohen Zinkgehalt aufweisen, so müssen ihre Cadmium-Restkonzentrationen möglichst niedrig sein; ihr Massenanteil darf jedoch keinesfalls 0,1 % übersteigen. | | |
|  |  | 1.3. | Die Nummern 1.1 und 1.2 gelten jedoch nicht für Erzeugnisse, die aus Sicherheitsgründen gefärbt werden müssen. | |
|  |  | 2.1 | Nicht zugelassen als Stabilisierungsmittel in den nachstehend aufgeführten Fertigerzeugnissen aus Vinylchloridpolymeren und -copolymeren:  - Verpackungsmaterial (Tüten, Behälter, Flaschen, Deckel)  [3923 29 10] [3920 41] [3920 42]  - Bürobedarf und Schulbedarf [3926 10]  - Beschläge für Möbel, Karosserien etc. [3926 30]  - Bekleidung und Accessoires (einschließlich Handschuhe) [3926 20]  - Boden- und Wandverkleidungen [3918 10]  - imprägnierte, bestrichene oder beschichtete Textilien [5903 10]  - Kunstleder [4202]  - Schallplatten [8524 10]  - Rohre und Anschlussteile [3917 23]  - Pendeltüren (Typ "saloon")  - Straßenverkehrsmittel (innen, außen, Karosserieboden)  - Beschichtung von im Baugewerbe oder in der Industrie verwendeten Stahlblechen  - Kabelisolierungen | |
|  |  | Das Inverkehrbringen der vorstehend genannten Fertigerzeugnisse oder von Bestandteilen dieser Erzeugnisse, die unter Verwendung von Vinylchloridpolymeren und -copolymeren mit cadmiumhaltigen Stoffen als Stabilisierungsmittel hergestellt worden sind, ist auf jeden Fall - unabhängig von ihrer Verwendung oder endgültigen Bestimmung - verboten, wenn ihr Cadmiumgehalt (in Cd-Metall) 0,01 % Massenanteile des Polymers übersteigt.  Diese Vorschriften treten am 30. Juni 1994 in Kraft. | | |
|  |  | 2.2. | Nummer 2.1 gilt jedoch nicht für Fertigerzeugnisse, die aus Sicherheitsgründen Stabilisierungsmittel auf Cadmiumbasis enthalten. | |
|  |  | 3. | Im Sinne dieser Richtlinie bedeutet Cadmium-Oberflächenbehandlung (Cadmierung) jedweder Auftrag von Cadmium auf Metalloberflächen oder jedwede Beschichtung von Metalloberflächen mit Cadmium. | |
|  |  | 3.1. | Nicht zugelassen zur Cadmierung von Metallerzeugnissen oder Bestandteilen der in den nachstehenden Sektoren bzw. zu den nachstehenden Zwecken eingesetzten Erzeugnisse: | |
|  |  | a) | Geräte und Maschinen  - zur Herstellung von  Lebensmitteln [8210]  [8417 20]  [8419 81]  [8421 11]  [8421 22]  [8422]  [8435]  [8437]  [8438]  [8476 11]  - für die  Landwirtschaft [8419 31]  [8424 81]  [8432] [8433]  [8434] [8436]  - für das Gefrieren  und Tiefgefrieren [8418]  - für die Druckerei [8440]  und Presse [8442]  [8443] | |
|  |  | b) | Geräte und Maschinen zur Herstellung von  - Haushaltsgeräten [7321]  [8421 12]  [8450]  [8509]  [8516]  - Möbeln [8465] [8466][9401] [9402]  [9403] [9404]  - sanitären Anlagen [7324]  - Zentralheizungen [7322]  und Klimaanlagen [8403] [8404]  [8415]  Das Inverkehrbringen von cadmierten Fertigerzeugnissen oder von Bestandteilen solcher Erzeugnisse, die in den in den vorstehenden Buchstaben a) und b) genannten Sektoren bzw. zu den dort genannten Zwecken eingesetzt werden, sowie das Inverkehrbringen von gewerblichen Erzeugnissen in den unter vorstehendem Buchstaben b) genannten Sektoren ist auf jeden Fall - unabhängig von ihrer Verwendung oder endgültigen Bestimmung – verboten. | |
|  |  | 3.2. | Nummer 3.1 gilt ferner mit Wirkung vom 30. Juni 1995 für cadmierte Erzeugnisse oder von Bestandteilen solcher Erzeugnisse, die in den in den nachstehenden Buchstaben a) und b) genannten Sektoren bzw. zu den dort genannten Zwecken eingesetzt werden, sowie für gewerbliche Erzeugnisse in den unter nachstehendem Buchstaben b) genannten Sektoren: | |
|  |  | a) | Geräte und Maschinen zur Herstellung von  - Papier und Pappe [8419 32]  [8439]  [8441]  - Textilien und [8444]Bekleidung [8445] [8447]  [8448] [8449]  [8451] [8452] | |
|  |  | b) | Geräte und Maschinen zur Herstellung von  - in der Materialfluss- [8425] [8426]  technik eingesetzten [8427]  Einrichtungen [8428]  [8429]  [8430]  [8431]  - Pkw und  landwirtschaftlichen  Fahrzeugen [Kapitel 87]  - Zügen [Kapitel 86]  - Schiffen [Kapitel 89] | |
|  |  | 3.3. | Die Nummern 3.1 und 3.2 gelten jedoch nicht für  - Erzeugnisse und Bestandteile von Erzeugnissen, die in der Luft - und Raumfahrt, im Bergbau, in der "off-shore"-Technik sowie im Kernenergiebereich eingesetzt werden, wenn die Anwendungen ein hohes Sicherheitsniveau erfordern, sowie Komponenten von Sicherheitseinrichtungen in Straßenverkehrsmitteln, landwirtschaftlichen Fahrzeugen, Eisenbahnen und Schiffen;  - elektrische Kontakte in allen Verwendungssektoren aus Gründen der Zuverlässigkeit der Geräte, in denen sie verwendet werden. | |
|  |  | 4. | Österreich und Schweden, in denen bereits Beschränkungen gelten, die über die in den Abschnitten 1, 2 und 3 vorgeschriebenen hinausgehen, dürfen diese bis zum 31. Dezember 2002 beibehalten. Die Kommission wird die Bestimmungen über Cadmium im Anhang I der Richtlinie 76/769/EWG vor diesem Datum unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Cadmiumrisikobewertung und des Standes von Wissenschaft und Technik im Hinblick auf Alternativen für Cadmium überprüfen. | |
| 25. | Monomethyltetrachlordiphenylmethan Handelsname Ugilec 141 Cas-Nr. 76253-60-6 | Ab dem 18. Juni 1994 ist das Inverkehrbringen und die Verwendung dieses Stoffes, ihn enthaltender Zubereitungen und Erzeugnisse verboten. Dieses Verbot gilt jedoch nicht für: | | |
|  |  | 1. | Anlagen und Maschinenteile, die sich am 18. Juni 1994 bereits im Betrieb befanden, bis diese Anlagen und Maschinenteile entsorgt sind. Nach dem 18. Juni 1994 können die Mitgliedstaaten jedoch aus Gründen des Gesundheits- und des Umweltschutzes in ihrem Gebiet die Verwendung dieser Anlagen und Maschinenteile vor deren Entsorgung untersagen; | |
|  |  | 2. | die Wartung von Anlagen und Maschinenteilen, die sich am 18. Juni 1994 bereits im Betrieb befanden. | |
|  |  | Ab dem 18. Juni 1994 ist es verboten, diesen Stoff, ihn enthaltende Zubereitungen, Anlagen oder Maschinenteile als Gebrauchtartikel in den Verkehr zu bringen. | | |
| 26. | Monomethyldichlordiphenylmethan Handelsname Ugilec 121 oder Ugilec 21 CAS-Nr. unbekannt | Das Inverkehrbringen und die Verwendung dieses Stoffes, ihn enthaltender Zubereitungen und Erzeugnisse ist verboten. | | |
| 27. | Monomethyldibromdiphenylmethan Handelsname DBBT CAS-Nr. 99688-47-8 | Das Inverkehrbringen und die Verwendung dieses Stoffes, ihn enthaltender Zubereitungen und Erzeugnisse ist verboten. | | |
| 28. | Nickel | Nicht zugelassen: | | |
|  | CAS-Nr. 7440-02-0 EINECS-Nr. 2311114 und seine Verbindungen | 1. | in allen Erststeckern, die in durchstochene Ohren oder andere durchstochene Körperteile eingeführt werden, sofern nicht die Rate der Nickelabgabe aus solchen Erststeckern weniger als 0,2 µg/cm2/Woche (Freisetzungsgrenzwert) beträgt; | |
|  |  | 2. | in Produkten, die unmittelbar und länger mit der Haut in Berührung kommen, wie zum Beispiel:  - Ohrringen  - Halsketten, Armbändern und Ketten, Fußringen und Fingerringen,  - Armbanduhrgehäusen, Uhrarmbändern und Spannern,  - Nietknöpfen, Spangen, Nieten, Reißverschlüssen und Metallmarkierungen, wenn sie in Kleidungsstücken verwendet werden,  sofern die Nickelfreisetzung von den Teilen dieser Produkte, die unmittelbar und länger mit der Haut in Berührung kommen, 0,5 µg/cm2/Woche übersteigt; | |
|  | noch nicht in Anhang I der Richtlinie 67/548/EWG aufgenommen wurden, aber den in Anhang VI der Richtlinie 67/548/EWG festgelegten Entzündlichkeitskriterien entsprechen und vorläufig gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie 67/548/EWG als entzündlich, leicht entzündlich oder hochentzündlich eingestuft und entsprechend gekennzeichnet wurden. | 4. | in Produkten wie unter Nummer 2 aufgeführt, die eine Nichtnickelbeschichtung haben, es sei denn, diese Beschichtung reicht aus, um sicherzustellen, dass die Nickelfreisetzung von den Teilen solcher Produkte, die unmittelbar und länger mit der Haut in Berührung kommen, 0,5 µg/cm2/Woche für einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren normaler Verwendung des Produkts nicht übersteigen. | |
|  |  | Ferner dürfen Produkte, für die die Nummern 1, 2 und 3 gelten, nicht in den Verkehr gebracht werden, wenn sie nicht den Bestimmungen dieser Nummern entsprechen. | | |
| Stoffe  gemäß Anhang I der Richtlinie 67/548/EWG, die als entzündlich, leicht entzündlich oder hochentzündlich eingestuft und entsprechend gekennzeichnet wurden,  oder Stoffe, die  noch nicht in Anhang I der Richtlinie 67/548/EWG aufgenommen wurden, aber den in Anhang VI der Richtlinie 67/548/EWG festgelegten Entzündlichkeitskriterien entsprechen und vorläufig gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie 67/548/EWG als entzündlich, leicht entzündlich oder hochentzündlich eingestuft und entsprechend gekennzeichnet wurden. | | 1. | Dürfen nicht als solche in Form von Zubereitungen in Aerosolpackungen verwendet werden, die für Unterhaltungs- und Dekorationszwecke in den Verkehr gebracht oder an die breite Öffentlichkeit verkauft werden, wie z. B. für  - Dekorationen mit metallischen Glanzeffekten, insbesondere für Festlichkeiten,  - künstlichen Schnee und Reif,  - unanständige Geräusche,  - Luftschlangen,  - Scherzexkremente,  - Horntöne für Vergnügungen,  - sich verflüchtigende Schäume und Flocken,  - künstliche Spinnweben,  - Scherzgestank,  - usw. | |
| 2. | Unbeschadet der Anwendung sonstiger gemeinschaftlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Einstufung, Verpackung und Etikettierung gefährlicher Stoffe muss auf der Verpackung der vorgenannten Aerosolpackungen folgendes gut leserlich und unzerstörbar angegeben sein: "Nur für gewerbliche Verbraucher". | |
| 3. | Abweichend davon gelten die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 nicht für die in Artikel 9a der Richtlinie 75/324/EWG genannten Aerosolpackungen. | |
| 4. | Die vorstehend genannten Erzeugnisse dürfen nur in Verkehr gebracht werden, wenn sie den dort aufgeführten Anforderungen entsprechen. | |
| 29. | Stoffe in Anhang I der Richtlinie 67/548/EWG, die als "krebserzeugend Kategorie 1 oder krebserzeugend Kategorie 2" eingestuft und mindestens als "giftig (T)" und mit dem Gefahrensatz R 45 "Kann Krebs erzeugen" oder mit dem Gefahrensatz R 49 "Kann Krebs erzeugen beim Einatmen" gekennzeichnet werden und wie folgt aufgeführt sind:  "Krebserzeugend Kategorie 1": Siehe erste Liste in der Anlage.[[7]](#footnote-7)  "Krebserzeugend Kategorie 2": Siehe zweite Liste in der Anlage.6) | Unbeschadet der Vorschriften der anderen Punkte des Anhangs I der Richtlinie 76/769/EWG dürfen in Stoffen und Zubereitungen, die in den Verkehr gebracht werden und zum Verkauf an die breite Öffentlichkeit bestimmt sind, nicht in Einzelkonzentrationen in Höhe der nachstehenden Konzentrationen oder darüber verwendet werden:  - in Anhang I der Richtlinie 67/548/EWG festgelegte Konzentrationen oder  - in Nummer 6 der Tabelle VI von Anhang I der Richtlinie 88/379/EWG festgelegte Konzentrationen, wenn Anhang I der Richtlinie 67/548/EWG keinen Konzentrationsgrenzwert enthält.  Unbeschadet der übrigen gemeinschaftlichen Vorschriften auf dem Gebiet der Einstufung, Verpackung und Etikettierung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen muss die Verpackung solcher Stoffe und Zubereitungen gut leserlich und unzerstörbar mit folgender Aufschrift versehen sein: "Nur für den berufsmäßigen Verwender".  In Abweichung hiervon gilt diese Vorschrift nicht für: | | |
|  |  | a) | Human- und Tierarzneimittel gemäß der Richtlinie 65/65/EWG; | |
|  |  | b) | kosmetische Mittel gemäß der Richtlinie 76/768/EWG; | |
|  |  | c) | Kraftstoffe, die Gegenstand der Richtlinie 85/210/EWG sind,  - Mineralölerzeugnisse, die zur Verwendung als Brennstoff oder Kraftstoff in beweglichen oder feststehenden Verbrennungsanlagen bestimmt sind,  - Brennstoffe, die in geschlossenen Systemen (z. B. Flüssiggasflaschen) verkauft werden; | |
|  |  | d) | Farben für Künstler gemäß der Richtlinie 88/379/EWG. | |
| 30. | Stoffe in Anhang I der Richtlinie 67/548/EWG, die als "erbgutverändernd Kategorie 1 oder erbgutverändernd Kategorie 2" eingestuft und mit dem Gefahrensatz R 46: "Kann vererbbare Schäden verursachen" gekennzeichnet werden und wie folgt aufgeführt sind:  "Erbgutverändernd Kategorie 1": Siehe dritte Liste in der Anlage. 6)  "Erbgutverändernd Kategorie 2": Siehe vierte Liste in der Anlage. 6) | Unbeschadet der Vorschriften der anderen Punkte des Anhangs I der Richtlinie 76/769/EWG dürfen in Stoffen und Zubereitungen, die in den Verkehr gebracht werden und zum Verkauf an die breite Öffentlichkeit bestimmt sind, nicht in Einzelkonzentrationen in Höhe der nachstehenden Konzentrationen oder darüber verwendet werden: | | |
|  |  | - | in Anhang I der Richtlinie 67/548/EWG festgelegte Konzentrationen oder | |
|  |  | - | in Nummer 6 der Tabelle VI von Anhang I der Richtlinie 88/379/EWG festgelegte Konzentrationen, wenn Anhang I der Richtlinie 67/548/ EWG keinen Konzentrationsgrenzwert enthält. | |
|  |  | Unbeschadet der übrigen gemeinschaftlichen Vorschriften auf dem Gebiet der Einstufung, Verpackung und Etikettierung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen muss die Verpackung solcher Stoffe und Zubereitungen gut leserlich und unzerstörbar mit folgender Aufschrift versehen sein: "Nur für den berufsmäßigen Verwender".  In Abweichung hiervon gilt diese Vorschrift nicht für: | | |
|  |  | a) | Human- und Tierarzneimittel gemäß der Richtlinie 65/65/EWG; | |
|  |  | b) | kosmetische Mittel gemäß der Richtlinie 76/768/EWG; | |
|  |  | c) | - Kraftstoffe, die Gegenstand der Richtlinie 85/210/EWG sind,  - Mineralölerzeugnisse, die zur Verwendung als Brennstoff oder Kraftstoff in beweglichen oder feststehenden Verbrennungsanlagen bestimmt sind,  - Brennstoffe, die in geschlossenen Systemen (z. B. Flüssiggasflaschen) verkauft werden; | |
|  |  | d) | Farben für Künstler gemäß der Richtlinie 88/379/EWG. | |
| 31. | Stoffe in Anhang I der Richtlinie 67/548/EWG, die als "fortpflanzungsgefährdend Kategorie 1 oder fortpflanzungsgefährdend Kategorie 2" eingestuft und mit dem Gefahrensatz R 60: "Kann die Fortpflanzungsfähigkeit beeinträchtigen" und/oder R 61: "Kann das Kind im Mutterleib schädigen" gekennzeichnet werden und wie folgt aufgeführt sind:  Fortpflanzungsgefährdend Kategorie 1: Siehe fünfte Liste der Anlage.6)  Fortpflanzungsgefährdend Kategorie 2: Siehe sechste Liste der Anlage.6) | Unbeschadet der Vorschriften der anderen Punkte von Anhang I der Richtlinie 76/769/EWG dürfen in Stoffen und Zubereitungen, die in den Verkehr gebracht werden und zum Verkauf an die breite Öffentlichkeit bestimmt sind, nicht in Einzelkonzentrationen in Höhe der nachstehenden Konzentrationen oder darüber verwendet werden:  - in Anhang I der Richtlinie 67/548/EWG festgelegte Konzentrationen oder  - in Nummer 6 der Tabelle VI von Anhang I der Richtlinie 88/379/EWG festgelegte Konzentrationen, wenn Anhang I der Richtlinie 67/548/ EWG keinen Konzentrationsgrenzwert enthält. | | |
|  |  | Unbeschadet der übrigen gemeinschaftlichen Vorschriften auf dem Gebiet der Einstufung, Verpackung und Etikettierung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen muss die Verpackung solcher Stoffe und Zubereitungen gut leserlich und unzerstörbar mit folgender Aufschrift versehen sein: "Nur für den berufsmäßigen Verwender".  In Abweichung hiervon gilt diese Vorschrift nicht für: | | |
|  |  | a) | Human- und Tierarzneimittel gemäß der Richtlinie 65/65/EWG; | |
|  |  | b) | kosmetische Mittel gemäß der Richtlinie 76/768/EWG; | |
|  |  | c) | - Kraftstoffe, die Gegenstand der Richtlinie 85/210/EWG sind,  - Mineralölerzeugnisse, die zur Verwendung als Brennstoff oder Kraftstoff in beweglichen oder feststehenden Verbrennungsanlagen bestimmt sind,  - Brennstoffe, die in geschlossenen Systemen (z.B. Flüssiggasflaschen) verkauft werden; | |
|  |  | d) | Farben für Künstler gemäß der Richtlinie 88/379/EWG. | |
| 32. | Stoffe und Zubereitungen, die einen oder mehrere der folgenden Stoffe enthalten:  a) Kreosot EINECS-Nr. 232-287-5 CAS-Nr. 8001-58-9  b) Kreosotöl EINECS-Nr. 263-047-8 CAS-Nr. 61789-28-4  c) Destillate (Kohlenteer), Naphthalinöl EINECS-Nr. 283-484-8 CAS-Nr. 84650-04-4  d) Kreosotöl Acenaphthenfraktion EINECS-Nr. 292-605-3 CAS-Nr. 90640-84-9  e) höhersiedende Destillate (Kohlenteer) EINECS-Nr. 266-026-1 CAS-Nr. 65996-91-0  f) Antracenöl EINECS-Nr. 292-602-7 CAS-Nr. 90640-80-5  g) Teersäuren, Kohle, Rohöl EINECS-Nr. 266-019-3 CAS-Nr. 65996-85-2  h) Kreosot, Holz EINECS-Nr. 232-419-1 CAS-Nr. 8021-39-4  i) Niedrigtemperatur-Kohleteeralkalin, Extraktrückstände EINECS-Nr. 310-191-5 CAS-Nr. 122384-78-5 | 1. | Dürfen nicht zur Holzbehandlung verwendet werden. Ferner darf damit behandeltes Holz nicht in den Verkehr gebracht werden. | |
| 2. | Ausnahmen:  i) Diese Stoffe und Zubereitungen dürfen zur Holzbehandlung in industriellen Verfahren oder zu gewerblichen Zwecken, für die die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften über den Schutz der Arbeitnehmer bei der Wiederbehandlung vor Ort gelten, nur dann verwendet werden, wenn sie  a) Benzo[a]pyren mit einer Massenkonzentration von weniger als 0,005 % und  b) wasserlösliche Phenole mit einer Massenkonzentration von weniger als 3 % enthalten  Solche Stoffe und Zubereitungen zur Verwendung bei der Holzbehandlung in industriellen Verfahren oder zu gewerblichen Zwecken dürfen  - nur in Verpackungen mit einem Fassungsvermögen von 20 Litern oder mehr in den Verkehr gebracht werden,  - nicht an Verbraucher abgegeben werden.  Unbeschadet der Anwendung anderer Gemeinschaftsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen muss die Verpackung derartiger Stoffe und Zubereitungen leserlich und unverwischbar die Aufschrift tragen: „Verwendung nur in Industrieanlagen und zu gewerblichen Zwecken“.  ii) Für nach Ziffer i) in industriellen Verfahren oder zu gewerblichen Zwecken behandeltes Holz, das zum ersten Mal in den Verkehr gebracht wird oder vor Ort wieder behandelt wird, gilt: Die Verwendung ist ausschließlich für gewerbliche und industrielle Zwecke erlaubt (z. B. Eisenbahn, Stromtransport, Telekommunikation, Zäune, für landwirtschaftliche Zwecke — etwa Baumstützen —, Häfen, Wasserwege).  iii) Für Holz, das vor Geltung dieser Richtlinie mit unter Ziffer 32 Buchstaben a) bis i) aufgeführten Stoffen behandelt wurde, gilt: Das Verbot von Nummer 1 über das Inverkehrbringen trifft nicht auf Holz zu, das zur Wiederverwendung auf dem Gebrauchtwarenmarkt angeboten wird. | |
|  |  | 3. | Die Verwendung von behandeltem Holz nach Punkt 2 Ziffern ii) und iii) ist jedoch verboten:  - innerhalb von Gebäuden, unabhängig von deren Zweckbestimmung;  - bei Spielzeugen;  - auf Spielplätzen;  - in Parks, Gärten und anderen Orten im Freien, die der Freizeitgestaltung und der Erholung dienen und bei denen die Gefahr eines häufigen Hautkontakts besteht;  - für die Anfertigung von Gartenmobiliar wie etwa Picknicktischen;  - für die Anfertigung, Verwendung und Wiederaufarbeitung von:  - Behältern für lebende Pflanzen,  - Verpackungen, die mit Roh-, Zwischen- und/oder Enderzeugnissen für die menschliche und/oder tierische Ernähung in Berührung kommen können und  - anderem Material, das die oben genannten Erzeugnisse kontaminieren kann. | |
| 33. | Chloroform CAS-Nr. 67-66-3 | Darf in Stoffen oder Zubereitungen, die zum Verkauf an die Öffentlichkeit und/ oder zur Anwendung in Formen in den Verkehr gebracht werden, bei denen eine Freisetzung nicht ausgeschlossen ist (beispielsweise Oberflächenreinigung und Reinigung von Textilien), nicht in Konzentrationen von ≥ 0,1 Gewichtsprozent enthalten sein.  Unbeschadet anderer Vorschriften der Gemeinschaft für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen muss auf der Verpackung von Stoffen und Zubereitungen, die sie in Konzentrationen von ≥ 0,1 % enthalten, folgende Angabe gut leserlich und unzerstörbar wiedergegeben sein:  "Nur zur Verwendung in Industrieanlagen".  Abweichend hiervon gilt diese Anforderung nicht für:  a) Human- oder Tierarzneimittel gemäß der Begriffsbestimmung in der Richtlinie 65/65/EWG;  b) kosmetische Erzeugnisse gemäß der Begriffsbestimmung in der Richtlinie 76/768/EWG. | | |
| 34. | Tetrachlormethan (Kohlenstofftetrachlorid) CAS-Nr. 56-23-5 |
| 35. | 1,1,2-Trichlorethan CAS-Nr. 79-00-5 |
| 36. | 1,1,2,2-Tetrachlorethan CAS-Nr. 79-34-5 |
| 37. | 1,1,1,2-Tetrachlorethan CAS-Nr. 630-20-6 |
| 38. | Pentachlorethan CAS-Nr. 76-01-7 |
| 39. | 1,1-Dichlorethylen CAS-Nr. 75-35-4 |
| 40. | 1,1,1-Trichlorethan CAS-Nr. 71-55-6 |
| 41. | Hexachlorethan CAS-Nr. 67-72-1 EINECS-Nr. 2006664 | Darf nicht bei der Herstellung oder Verarbeitung von Nichteisenmetallen verwendet werden. | | |
| 42. | Alkane, C10-C13 Chlor (kurzkettige Chlorparaffine) | 1. | Dürfen nicht zur Verwendung als Stoffe oder Bestandteile von anderen Stoffen oder Zubereitungen in Konzentrationen von über 1 %  - in der Metallver- und Metallbearbeitung und  - zum Fetten von Leder  in Verkehr gebracht werden. | |
|  |  | 2. | Alle verbleibenden Verwendungen kurzkettiger Chlorparaffine werden vor dem 1. Januar 2003 von der Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und dem OSPAR-Ausschuss unter Berücksichtigung aller einschlägigen neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Gesundheits- und Umweltrisiken kurzkettiger Chlorparaffine erneut geprüft.  Das Europäische Parlament wird über die Ergebnisse dieser Prüfung unterrichtet. | |
| 43. | Azofarbstoffe | 1. | Azofarbstoffe, die durch reduktive Spaltung einer oder mehrerer Azogruppen eines oder mehrere der im Anhang aufgeführten aromatischen Amine in — gemäß den in diesem Anhang aufgeführten Prüfverfahren — nachweisbaren Konzentrationen, d. h. > 30 ppm im Fertigerzeugnis oder in gefärbten Teilen davon, freisetzen können, dürfen nicht verwendet werden in Textil- und Ledererzeugnissen, die mit der menschlichen Haut oder der Mundhöhle direkt und längere Zeit in Berührung kommen können, wie:  - Kleidung, Bettwäsche, Handtücher, Haarteile, Perücken, Hüte, Windeln und sonstige Toilettenartikel, Schlafsäcke,  - Schuhe, Handschuhe, Uhrarmbänder, Handtaschen, Geldbeutel und Brieftaschen, Aktentaschen, Stuhlüberzüge, Brustbeutel,  - Textil- und Lederspielwaren und Spielwaren mit Textil- oder Lederkleidung,  - für den Endverbraucher bestimmte Garne und Gewebe. | |
|  |  | 2. | Außerdem dürfen die unter Nummer 1 erwähnten Textil- und Ledererzeugnisse nicht in den Verkehr gebracht werden, wenn sie nicht den unter dieser Nummer festgelegten Anforderungen entsprechen.  Abweichend davon gilt diese Bestimmung bis 1. Januar 2005 nicht für Textilerzeugnisse aus Altfasern, wenn die Amine aus Rückständen freigesetzt werden, die aus dem vorherigen Färben derselben Fasern stammen, und wenn die aufgeführten Amine in einer Konzentration von weniger als 70 ppm freigesetzt werden. | |
|  |  | 3. | Die ,Liste der Azofarbstoffe‘ wird hiermit dem Anhang hinzugefügt. In dieser Liste aufgeführte Azofarbstoffe dürfen in Konzentrationen von über 0,1 Masseprozent nicht in den Verkehr gebracht oder zum Färben von Textil- oder Ledererzeugnissen als Stoff oder als Bestandteil von Zubereitungen verwendet werden. | |
|  |  | 4. | Spätestens am 11. September 2005 überprüft die Kommission die Bestimmungen über Azofarbstoffe im Lichte neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse. | |
| 44. | Diphenylether-Pentabromderivat C12H5Br5O | 1. | Darf nicht in den Verkehr gebracht, als Stoff verwendet oder in Konzentration von mehr als 0,1 Gewichtsprozent als Bestandteil von Stoffen oder Zubereitungen eingesetzt werden. | |
|  |  | 2. | Erzeugnisse dürfen nicht in den Verkehr gebracht werden, wenn sie oder ihre mit Flammschutzmittel behandelten Teile diesen Stoff in einer Konzentration von mehr als 0,1 Gewichtsprozent enthalten. | |
|  |  | 3. | Abweichend hiervon gelten die Nummern 1 und 2 bis 31. März 2006 nicht für Notevakuierungssysteme von Flugzeugen. | |
| 45. | Diphenylether-Octabromderivat (C12H2Br8O) | 1. | Darf nicht in den Verkehr gebracht, als Stoff verwendet oder in Konzentrationen von mehr als 0,1 Gewichtsprozent als Bestandteil von Stoffen oder Zubereitungen eingesetzt werden. | |
|  |  | 2. | Erzeugnisse dürfen nicht in den Verkehr gebracht werden, wenn sie oder ihre mit Flammschutzmittel behandelten Teile diesen Stoff in einer Konzentration von mehr als 0,1 Gewichtsprozent enthalten. | |
| 46. |  | Darf für die folgenden Zwecke nicht in Konzentrationen von 0,1 Massen-% oder mehr in Verkehr gebracht oder als Stoff oder Bestandteil von Zubereitungen verwendet werden: | | |
| 1. | Nonylphenol C6H4(OH)C9H19 |
| 2. | Nonylphenolethoxylat (C2H4O)nC15H24O |
|  |  | 1. | gewerbliche Reinigung, ausgenommen:  - überwachte geschlossene Systeme für die chemische Reinigung, in denen die Reinigungsflüssigkeit recycelt oder verbrannt wird,  - Spezialreinigungssysteme, in denen die Reinigungsflüssigkeit recycelt oder verbrannt wird; | |
|  |  | 2. | Haushaltsreinigung; | |
|  |  | 3. | Textil- und Lederverarbeitung, ausgenommen:  - Behandlungen, bei denen kein NPE in das Abwasser gelangt,  - Anlagen für spezielle Behandlungen, bei denen die organische Fraktion vor der biologischen Abwasserbehandlung vollständig aus dem Prozesswasser entfernt wird (Entfetten von Schafshäuten); | |
|  |  | 4. | Emulgator in Melkfett; | |
|  |  | 5. | Metallverarbeitung, ausgenommen:  - Anwendungen in überwachten geschlossenen Systemen, bei denen die Reinigungsflüssigkeit recycelt oder verbrannt wird; | |
|  |  | 6. | Herstellung von Zellstoff und Papier; | |
|  |  | 7. | kosmetische Mittel; | |
|  |  | 8. | sonstige Körperpflegemittel, ausgenommen:  - Spermizide; | |
|  |  | 9. | Formulierungshilfsstoffe in Pestiziden und Bioziden. | |
| 47. | Zement | 1. | Zement und zementhaltige Zubereitungen dürfen nicht verwendet oder in Verkehr gebracht werden, wenn ihr Gehalt an löslichem Chrom VI nach Hydratisierung mehr als 0,0002 % der Trockenmasse des Zements beträgt. | |
|  |  | 2. | Werden Reduktionsmittel verwendet, so ist unbeschadet der Gültigkeit anderer gemeinschaftlicher Rechtsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen auf der Verpackung von Zement oder zementhaltigen Zubereitungen deutlich lesbar und dauerhaft anzugeben, wann das Erzeugnis abgepackt wurde sowie unter welchen Bedingungen und wie lange es gelagert werden kann, ohne dass die Wirkung des Reduktionsmittels nachlässt und der Gehalt an löslichem Chrom VI den in Nummer 1 genannten Grenzwert überschreitet. | |
|  |  | 3. | Davon abweichend finden die Nummern 1 und 2 keine Anwendung auf das Inverkehrbringen im Hinblick auf überwachte geschlossene und vollautomatische Prozesse und auf die Verwendung in solchen Prozessen, bei denen Zement und zementhaltige Zubereitungen ausschließlich mit Maschinen in Berührung kommen und keine Gefahr von Hautkontakten besteht. | |
| 48. | Toluol CAS-Nr. 108-88-3 |  | Darf nicht als Stoff oder Bestandteil von Zubereitungen in einer Massenkonzentration von 0,1 % oder mehr in frei verkäuflichen Klebstoffen und Sprühfarben in den Verkehr gebracht oder verwendet werden. | |
| 49. | Trichlorbenzol CAS-Nr. 120-82-1 |  | Darf nicht als Stoff oder Bestandteil von Zubereitungen in einer Massenkonzentration von 0,1 % oder mehr in den Verkehr gebracht oder verwendet werden, ausgenommen  - als Synthese-Zwischenprodukt,  - als Prozesslösemittel in geschlossenen chemischen Anwendungen für Chlorierungsreaktionen, oder  - zur Herstellung von 1,3,5-Trinitro-2,4,6-triaminobenzol (TATB). | |
| 50. | Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK)  1. Benzo(a)pyren (BaP)   CAS Nr. 50-32-8  2. Benzo(e)pyren (BeP)   CAS Nr. 192-97-2  3. Benzo(a)anthracen (BaA)  CAS Nr. 56-55-3  4. Chrysen (CHR)  CAS Nr. 218-01-9  5. Benzo(b)fluoranthen (BbFA)   CAS Nr. 205-99-2  6. Benzo(j)fluoranthen (BjFA)  CAS Nr. 205-82-3  7. Benzo(k)fluoranthen (BkFA)  CAS Nr. 207-08-9  8. Dibenzo(a, h)anthracen (DBAhA)  CAS Nr. 53-70-3 | 1. | Weichmacheröle dürfen nicht für die Herstellung von Reifen oder Reifenbestandteilen in den Verkehr gebracht und verwendet werden, wenn  - sie mehr als 1 mg BaP pro kg enthalten oder  - der Gehalt aller aufgeführten PAK zusammen mehr als 10 mg/kg beträgt.  Diese Grenzwerte gelten als eingehalten, wenn der polyzyklische Aromaten-PCA-Extrakt weniger als 3 Masseprozent beträgt - gemessen gemäß der Norm IP346: 1998 des Institute of Petroleum (Bestimmung der PCA in unbenutzten Schmierölen und asphaltenfreien Erdölfraktionen - Dimethylsulfoxid-Extraktion-Brechungsindex-Methode) -, sofern die Einhaltung der Grenzwerte für BaP und für die aufgeführten PAK sowie die Korrelation der Messwerte mit dem PCA-Extrakt vom Hersteller oder Importeur alle sechs Monate oder nach jeder größeren Änderung der Betriebsverfahren überprüft werden, wobei jeweils der frühere Zeitpunkt maßgeblich ist. | |
| 2. | Außerdem dürfen nach dem 1. Januar 2010 hergestellte Reifen und Laufflächen für die Runderneuerung nicht in den Verkehr gebracht werden, wenn sie Weichmacheröle enthalten, die die in Abschnitt 1 angegebenen Grenzwerte überschreiten.  Diese Grenzwerte gelten als eingehalten, wenn die vulkanisierte Gummimasse den Grenzwert von 0,35 % Bay-Protonen - gemessen und berechnet gemäß der ISO-Norm 21461 (Vulkanisierter Gummi - Bestimmung der Aromatizität von Öl in vulkanisierter Gummimasse) - nicht überschreitet. | |
| 3. | Runderneuerte Reifen sind von Abschnitt 2 ausgenommen, wenn ihre Lauffläche keine Weichmacheröle enthält, die die in Abschnitt 1 angegebenen Grenzwerte überschreiten. | |
| [XX.] | Folgende Phthalate (oder andere CAS- und Einecs-Nummern, die diesen Stoff betreffen):  Di(2-ethylhexyl)phthalat (DEHP) CAS-Nr. 117-81-7 Einecs-Nr. 204-211-0  Dibutylphthalat (DBP) CAS-Nr. 84-74-2 Einecs-Nr. 201-557-4  Benzylbutylphthalat (BBP) CAS-Nr. 85-68-7 Einecs-Nr. 201-622-7 | Dürfen nicht als Stoffe oder als Bestandteile von Zubereitungen in Konzentrationen von mehr als 0,1 Masse-% des weichmacherhaltigen Materials in Spielzeug und Babyartikeln verwendet werden.  Spielzeug und Babyartikel, die diese Phthalate in Konzentrationen enthalten, die über dem vorstehenden Grenzwert liegen, dürfen nicht in Verkehr gebracht werden. | | |
| [XXa] | Folgende Phthalate (oder andere CAS- und Einecs-Nummern, die diesen Stoff betreffen):  Di-‚isononyl‘phthalat (DINP) CAS Nrn. 28553-12-0 und 68515-48-0 Einecs-Nrn. 249-079-5 und 271-090-9  Di-‚isodecyl‘phthalat (DIDP) CAS-Nrn. 26761-40-0 und 68515-49-1 Einecs-Nrn. 247-977-1 und 271-091-4  Di-n-octylphthalat (DNOP) CAS-Nr. 117-84-0 Einecs-Nr. 204-214-7 | Dürfen nicht als Stoffe oder als Bestandteile von Zubereitungen in Konzentrationen von mehr als 0,1 Masse-% des weichmacherhaltigen Materials in Spielzeug und Babyartikeln verwendet werden, die von Kindern in den Mund genommen werden können.  Spielzeug und Babyartikel, die diese Phthalate in Konzentrationen enthalten, die über dem vorstehenden Grenzwert liegen, dürfen nicht in Verkehr gebracht werden. | | |
| 52. | Perfluoroctansulfonate (PFOS) C8F17SO2X (X = OH, Metallsalze (O-M+), Halogenide, Amide und andere Derivate einschließlich Polymere) | 1. | Darf nicht als Stoff oder Bestandteil von Zubereitungen in einer Konzentration von 0,005 Massen-% oder mehr in Verkehr gebracht oder verwendet werden. | |
| 2. | Darf nicht in Halbfertigerzeugnissen oder Erzeugnissen oder Bestandteilen davon in Verkehr gebracht werden, wenn die PFOS-Massenkonzentration 0,1 % oder mehr beträgt, berechnet im Verhältnis zur Masse der strukturell oder mikrostrukturell verschiedenartigen Bestandteile, die PFOS enthalten, oder bei Textilien oder anderen beschichteten Werkstoffen mit einem PFOS-Anteil von 1 μg/m² oder mehr des beschichteten Materials. | |
| 3. | Abweichend hiervon gelten die Nummern 1 und 2 nicht für folgende Produkte und die für deren Erzeugung erforderlichen Stoffe und Zubereitungen:  a) Fotoresistlacke und Antireflexbeschichtungen für fotolithografische Prozesse,  b) fotografische Beschichtungen von Filmen, Papieren und Druckplatten,  c) Antischleiermittel für nicht-dekoratives Hartverchromen (Chrom VI) und Netzmittel für überwachte Galvanotechniksysteme, bei denen die Menge der PFOS-Emissionen in die Umwelt durch vollständigen Einsatz der einschlägigen besten verfügbaren Technologien, die im Rahmen der Richtlinie 96/61/EG des Rates vom 24. September 1996 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (\*) entwickelt worden sind, auf ein Mindestmaß reduziert wird,  d) Hydraulikflüssigkeiten für die Luft- und Raumfahrt. | |
| 4. | Abweichend von Nummer 1 dürfen Feuerlöschschäume, die vor dem 27. Dezember 2006 in Verkehr gebracht wurden, bis zum 27. Juni 2011 verwendet werden. | |
| 5. | Die Nummern 1 und 2 finden unbeschadet der Verordnung (EG) Nr. 648/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über Detergenzien (\*\*) Anwendung. | |
| 6. | Spätestens am 27. Dezember 2008 übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission ein von ihnen erstelltes Inventar über  a) Prozesse, für die die Ausnahmeregelung nach Nummer 3 Buchstabe c gilt, sowie Angaben zu den PFOS-Mengen, die dabei verwendet und freigesetzt werden,  b) die vorhandenen Bestände von PFOS enthaltenden Feuerlöschschäumen. | |
| 7. | Sobald neue Informationen über Einzelheiten für den Einsatz und über weniger bedenkliche alternative Stoffe oder Technologien für den Einsatz vorliegen, überprüft die Kommission sämtliche Ausnahmeregelungen der Nummer 3 Buchstaben a bis d, sodass  a) die Verwendung von PFOS schrittweise eingestellt wird, sobald der Einsatz weniger bedenklicher Alternativen technisch und wirtschaftlich vertretbar ist,  b) eine Ausnahmeregelung für wesentliche Verwendungszwecke nur dann verlängert werden kann, wenn keine weniger bedenklichen Alternativen bestehen und wenn darüber Bericht erstattet worden ist, welche Schritte unternommen wurden, um weniger bedenkliche Alternativen zu finden,  c) PFOS-Emissionen in die Umwelt durch Einsatz der besten verfügbaren Technologien auf ein Mindestmaß reduziert worden sind. | |
| 8. | Die Kommission überprüft fortdauernd die laufenden Risikobewertungstätigkeiten und die Verfügbarkeit weniger bedenklicher Alternativen oder Technologien im Zusammenhang mit der Verwendung von Perfluoroctansäure (PFOA) und verwandten Stoffen und schlägt alle erforderlichen Maßnahmen zur Begrenzung der festgestellten Risiken einschließlich einer Beschränkung des Inverkehrbringens und der Verwendung vor, insbesondere wenn weniger bedenkliche alternative Stoffe oder Technologien, die technisch und wirtschaftlich vertretbar sind, zur Verfügung stehen. | |
| 53. | 2-(2-Methoxyethoxy) ethanol (DEGME) CAS-Nr.: 111-77-3 Einecs-Nr.: 203-906-6 | Darf nach dem 27. Juni 2010 nicht zur Abgabe an private Verbraucher in Farben, Abbeizmitteln, Reinigungsmitteln, selbstglänzenden Emulsionen oder Fußbodenversiegelungsmitteln in einer Konzentration von 0,1 Massen-% oder mehr in Verkehr gebracht werden. | | |
| 54. | 2-(2-Butoxyethoxy) ethanol (DEGBE) CAS-Nr.: 112-34-5 Einecs-Nr.: 203-961-6 | (1) | Darf nach dem 27. Juni 2010 nicht zur Abgabe an private Verbraucher in Spritzfarben oder Reinigungssprays in Aerosolpackungen in einer Konzentration von 3 Massen-% oder mehr erstmalig in Verkehr gebracht werden. | |
|  |  | (2) | Nach dem 27. Dezember 2010 dürfen DEGBE-haltige Spritzfarben und Reinigungssprays in Aerosolpackungen, die den Anforderungen unter Absatz 1 nicht entsprechen, nicht mehr zur Abgabe an private Verbraucher in Verkehr gebracht werden. | |
|  |  | (3) | Unbeschadet anderer gemeinschaftlicher Rechtsvorschriften über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen müssen zur Abgabe an private Verbraucher in Verkehr gebrachte DEGBE-haltige Farben, die nicht zum Verspritzen bestimmt sind in einer Konzentration von 3 Massen-% oder mehr ab dem 27. Dezember 2010 gut sichtbar, leserlich und dauerhaft mit folgendem Hinweis versehen sein: ‚Darf nicht in Vorrichtungen zum Verspritzen von Farbe verwendet werden‘. | |
| 55. | Methylendiphenyl-Diisocyanat (MDI) CAS-Nr.: 26447-40-5 Einecs-Nr.: 247-714-0 | (1) | Darf nach dem 27. Dezember 2010 nicht zur Abgabe an private Verbraucher in Zubereitungen, die diesen Stoff in einer Konzentration von 0,1 Massen-% oder mehr enthalten, in Verkehr gebracht werden; es sei denn, die Verpackung  a) enthält Schutzhandschuhe, die den Anforderungen der Richtlinie 89/686/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für persönliche Schutzausrüstungen (\*\*\*) entsprechen,  b) ist unbeschadet anderer gemeinschaftlicher Rechtsvorschriften für die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen gut sichtbar, leserlich und dauerhaft mit folgenden Hinweisen versehen:  - Bei Personen, die bereits für Diisocyanate sensibilisiert sind, kann der Umgang mit diesem Produkt allergische Reaktionen auslösen.  - Bei Asthma, ekzematösen Hauterkrankungen oder Hautproblemen Kontakt, einschließlich Hautkontakt, mit dem Produkt vermeiden.  - Das Produkt nicht bei ungenügender Lüftung verwenden oder Schutzmaske mit entsprechendem Gasfilter (Typ A1 nach EN 14387) tragen.‘ | |
|  |  | (2) | Absatz 1 Buchstabe a gilt nicht für Heißklebstoffe. | |
| 56. | Cyclohexan CAS-Nr.: 110-82-7 Einecs-Nr.: 203-806-2 | (1) | Darf nach dem 27. Juni 2010 zur Abgabe an private Verbraucher in Kontaktklebstoffen auf Neoprenbasis nicht in einer Konzentration von 0,1 Massen-% oder mehr in Packungsgrößen von mehr als 350 g erstmalig in Verkehr gebracht werden. | |
|  |  | (2) | Cyclohexanhaltige Kontaktklebstoffe auf Neoprenbasis, die den Anforderungen unter Absatz 1 nicht entsprechen, dürfen nach dem 27. Dezember 2010 nicht mehr zur Abgabe an private Verbraucher in Verkehr gebracht werden. | |
|  |  | (3) | Unbeschadet anderer gemeinschaftlicher Rechtsvorschriften für die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen müssen zur Abgabe an private Verbraucher in Verkehr gebrachte Kontaktklebstoffe auf Neoprenbasis, die Cyclohexan in einer Konzentration von 0,1 Massen-% oder mehr enthalten, ab dem 27. Dezember 2010 gut sichtbar, leserlich und dauerhaft mit folgendem Hinweis versehen sein:  ‚- Dieses Produkt darf nicht bei ungenügender Lüftung verarbeitet werden.  - Dieses Produkt darf nicht zum Verlegen von Teppichböden verwendet werden.‘ | |
| 57. | Ammoniumnitrat (AN) CAS-Nr. 6484-52-2 Einecs-Nr.: 229-347-8 | (1) | Darf nach dem 27. Juni 2010 nicht mehr als Stoff als solcher oder in Zubereitungen mit einem Stickstoffgehalt im Verhältnis zum Ammoniumnitrat über 28 Massen-% zur Verwendung als fester Ein- oder Mehrnährstoffdünger erstmalig in Verkehr gebracht werden, wenn der Dünger nicht den in Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 2003/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 2003 über Düngemittel festgelegten technischen Anforderungen an Ammoniumnitratdünger mit hohem Stickstoffgehalt (\*\*\*\*) entspricht. | |
|  |  | (2) | Darf nach dem 27. Juni 2010 nicht mehr als Stoff oder in Zubereitungen in Verkehr gebracht werden, deren Stickstoffgehalt im Verhältnis zum Ammoniumnitrat 16 Massen-% oder mehr beträgt, mit Ausnahme der Abgabe an folgende Abnehmer:  a) nachgeschaltete Anwender und Händler, einschließlich natürliche oder juristische Personen, die gemäß der Richtlinie 93/15/EWG des Rates vom 5. April 1993 zur Harmonisierung der Bestimmungen über das Inverkehrbringen und die Kontrolle von Explosivstoffen für zivile Zwecke (\*\*\*\*\*) über eine entsprechende Zulassung oder Genehmigung verfügen,  b) Landwirte, zur Verwendung im Rahmen ihrer als Vollzeit- oder als Teilzeitbeschäftigung ausgeübten landwirtschaftlichen Tätigkeiten und unabhängig von der Größe der Nutzfläche, für die Zwecke des vorliegenden Buchstaben bezeichnet der Ausdruck:  i) ‚Landwirt‘ eine natürliche oder juristische Person oder eine Vereinigung natürlicher oder juristischer Personen, unabhängig davon, welchen rechtlichen Status die Vereinigung und ihre Mitglieder aufgrund des nationalen Rechts haben, deren Betrieb sich im Gebiet der Gemeinschaft im Sinne des Artikels 299 des Vertrags befindet und die eine landwirtschaftliche Tätigkeit ausübt,  ii) ‚landwirtschaftliche Tätigkeit‘ die Erzeugung, die Zucht oder den Anbau landwirtschaftlicher Erzeugnisse, einschließlich Ernten, Melken, Zucht von Tieren und Haltung von Tieren für landwirtschaftliche Zwecke, oder die Erhaltung von Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates vom 29. September 2003 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe (\*\*\*\*\*\*),  c) natürliche oder juristische Personen, die gewerblich einer Tätigkeit wie Gartenbau, Pflanzenanbau in Gewächshäusern, Park-, Garten- oder Sportflächenpflege, Forstwirtschaft oder anderen vergleichbaren Tätigkeit nachgehen. | |
|  |  | (3) | Die Mitgliedstaaten können jedoch in Hinblick auf die Einschränkungen in Absatz 2 aus sozioökonomischen Gründen bis zum 1. Juli 2014 einen Grenzwert für den zulässigen Stickstoffgehalt im Verhältnis zum Ammoniumnitrat von in ihrem Hoheitsgebiet in Verkehr gebrachten Stoffen oder Zubereitungen von bis zu 20 Massen-% anwenden. Hiervon unterrichten sie die Kommission und die übrigen Mitgliedstaaten. | |
| (58) | Dichlormethan CAS-Nr.: 75-09-2 EC-Nr.: 200-838-9 | 1. | Farbabbeizer, die Dichlormethan in einer Konzentration von 0,1 Gewichtsprozent oder mehr enthalten, dürfen  a) zur Abgabe an die Öffentlichkeit oder gewerbliche Verwender nach dem 6. Dezember 2010 nicht mehr erstmalig in Verkehr gebracht werden;  b) zur Abgabe an die Öffentlichkeit oder gewerbliche Verwender nach dem 6. Dezember 2011 nicht mehr in Verkehr gebracht werden;  c) nach dem 6. Juni 2012 (nicht mehr von gewerblichen Verwendern benutzt werden. Für die Zwecke dieses Eintrags bezeichnet der Ausdruck  i) ‚gewerblicher Verwender‘ eine natürliche oder juristische Person, einschließlich Angestellte und Selbstständige, die im Zuge ihrer beruflichen Tätigkeit außerhalb einer Industrieanlage Abbeizarbeiten durchführt;  ii) ‚Industrieanlage‘ eine Anlage, die zum Abbeizen von Farbe genutzt wird. | |
|  |  | 2. | Abweichend von Absatz 1 können die Mitgliedstaaten in ihren Hoheitsgebieten für bestimmte Tätigkeiten die Verwendung von Dichlormethan enthaltenden Farbabbeizern durch speziell geschulte gewerbliche Verwender und das Inverkehrbringen solcher Farbabbeizer zur Abgabe an diese gewerblichen Verwender gestatten.  Mitgliedstaaten, die von dieser Ausnahmeregelung Gebrauch machen, legen angemessene Bestimmungen zur Gewährleistung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit für gewerbliche Verwender fest, die DCM-haltige Farbabbeizer verwenden, und unterrichten die Kommission darüber.  Diese Bestimmungen enthalten die Anforderung, dass ein gewerblicher Verwender über einen Sachkundenachweis verfügen muss, der in dem Mitgliedstaat, in dem er tätig ist, anerkannt wird, oder andere diesbezügliche Nachweisdokumente vorlegen oder eine anderweitige Zulassung desselben Mitgliedstaats besitzen muss, damit nachgewiesen werden kann, dass der gewerbliche Verwender über den Umgang mit DCM-haltigen Farbabbeizern ordnungsgemäß geschult wurde und qualifiziert ist, sicher mit ihnen umzugehen.  Die Kommission erstellt ein Verzeichnis der Mitgliedstaaten, die von der in diesem Absatz genannten Ausnahmeregelung Gebrauch machen, und veröffentlicht dieses Verzeichnis über das Internet. | |
|  |  | 3. | Ein gewerblicher Verwender, der von der in Absatz 2 genannten Ausnahmeregelung Gebrauch macht, darf nur in Mitgliedstaaten tätig werden, die diese Ausnahmeregelung anwenden.  Die in Absatz 2 genannte Schulung muss mindestens folgende Bereiche abdecken:  a) Kenntnis, Bewertung und Beherrschung der Gesundheitsrisiken, einschließlich Informationen über bestehende Ersatzstoffe oder Verfahren, die unter den jeweiligen Verwendungsbedingungen für die Gesundheit und Sicherheit der Verwender weniger gefährlich sind;  b) Verwendung ausreichender Belüftung;  c) Verwendung geeigneter persönlicher Schutzausrüstungen gemäß der Richtlinie 89/686/EWG.  Arbeitgeber und Selbstständige ersetzen DCM vorrangig durch einen chemischen Arbeitsstoff oder ein Verfahren, der bzw. das unter den jeweiligen Verwendungsbedingungen für die Gesundheit und Sicherheit der Verwender nicht oder weniger gefährlich ist.  Der gewerbliche Verwender setzt alle einschlägigen Sicherheitsmaßnahmen in die Praxis um, einschließlich der Verwendung einer persönlichen Schutzausrüstung. | |
|  |  | 4. | Unbeschadet anderer Arbeitnehmerschutzvorschriften der Gemeinschaft dürfen Farb­abbeizer,  die Dichlormethan in einer Konzentration von 0,1 Gewichtsprozent oder mehr enthalten, in  Industrieanlagen nur verwendet werden, wenn mindestens folgende Bedingungen erfüllt sind:  a) wirksame Belüftung in allen Arbeitsräumen, insbesondere bei der Nassbehandlung und der Trocknung abgebeizter Gegenstände: lokale Absauganlagen an Abbeizbehältnissen, die durch Zwangsbelüftungsanlagen in diesen Bereichen ergänzt werden, um die Exposition zu minimieren und die Arbeitsplatzgrenzwerte, soweit technisch möglich, einzuhalten;  b) Maßnahmen zur weitestgehenden Verringerung der Verdampfung aus Abbeizbehältnissen, die Folgendes umfassen: Abdeckungen für Abbeizbehältnisse, außer bei der Beladung und Entladung; angemessene Vorkehrungen für die Beladung und Entladung der Abbeizbehältnisse; Reinigungsbehälter, mit Wasser oder Lauge gefüllt, um nach der Entladung das überschüssige Lösemittel vom Abbeizgut zu entfernen;  c) Maßnahmen für die sichere Handhabung von Abbeizbehältnissen, die Dichlormethan enthalten, die Folgendes umfassen: Pumpen und Rohrleitungen für die Überleitung des Abbeizmittels aus den und in die Behälter; angemessene Vorkehrungen für die sichere Reinigung der Behälter und die Beseitigung von Schlämmen;  d) persönliche Schutzausrüstungen gemäß der Richtlinie 89/686/EWG, die Folgendes umfassen: geeignete Schutzhandschuhe, Schutzbrillen und Schutzkleidung; geeignete Atemschutzgeräte, für den Fall, dass die Arbeitsplatzgrenzwerte nicht anderweitig eingehalten werden können;  e) angemessene Informationen, Anweisungen und Übungen zur Verwendung solcher Ausrüstungsgegenstände für die Verwender. | |
|  |  | 5. | Unbeschadet anderer gemeinschaftlicher Bestimmungen für die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen müssen Farbabbeizer, die Dichlormethan in einer Konzentration von 0,1 Gewichtsprozent oder mehr enthalten, ab dem 6. Dezember 2011 gut sichtbar, lesbar und dauerhaft mit folgendem Hinweis versehen sein:  ‚Nur für die industrielle Verwendung und für gewerbliche Verwender, die über eine Zulassung in bestimmten EU-Mitgliedstaaten verfügen. Überprüfen Sie, in welchem Mitgliedstaat die Verwendung genehmigt ist. | |
| (\*) ABl. L 257 vom 10.10.1996, S. 26. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 166/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 33 vom 4.2.2006, S. 1).  (\*\*) ABl. L104 vom 8.4.2004, S. 1. Geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 907/2006 der Kommission (ABl. L168 vom 21.6.2006, S. 5).  (\*\*\*) ABl. L 399 vom 30.12.1989, S. 18.  (\*\*\*\*) ABl. L 304 vom 21.11.2003, S. 1.  (\*\*\*\*\*) ABl. L 121 vom 15.5.1993, S. 20.  (\*\*\*\*\*\*) ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 1. | | | | |

## Anlage zum Anhang I

(hier nicht abgedruckt)

## Anhang II

**A. Besondere Vorschriften für die Kennzeichnung asbesthaltiger Erzeugnisse**

1. Asbesthaltige Erzeugnisse bzw. ihre Verpackung müssen mit der nachstehenden Kennzeichnung versehen sein:

a) Die dem nachstehenden Muster entsprechende Kennzeichnung muss mindestens 5 cm hoch (H) und 2,5 cm breit sein.

b) Sie gliedert sich in zwei Teile:

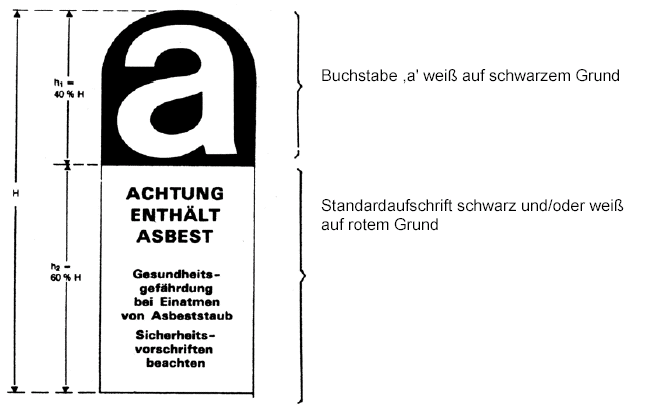
- den oberen Teil (h1 = 40 % H), der den Buchstaben ,a' weiß auf schwarzem Grund enthält;

- den unteren Teil (h2 = 60 % H), der die Standardaufschrift schwarz und/oder weiß auf rotem Grund deutlich lesbar enthält.

c) Enthält das Erzeugnis Krokydolith, so ist die Angabe "Enthält Asbest" der Standardaufschrift durch folgende Angabe zu ersetzen:

"Enthält Krokydolith/blauen Asbest".

Die Mitgliedstaaten können von Unterabsatz 1 die Erzeugnisse ausnehmen, die in ihrem Gebiet in den Verkehr gebracht werden sollen. Die Kennzeichnung muss jedoch die Aufschrift "Enthält Asbest" enthalten;



d) Wird die Kennzeichnung direkt auf das Erzeugnis aufgedruckt, so genügt eine einzige Farbe, die mit der Farbe der Unterlage kontrastiert.

2. Die Kennzeichnung muss entsprechend den nachfolgenden Bestimmungen vorgenommen werden:

a) auf jeder kleinsten Liefereinheit;

b) enthält ein Erzeugnis Bestandteile auf Asbestgrundlage, so genügt es, wenn die Bestandteile gekennzeichnet sind. Auf die Kennzeichnung kann verzichtet werden, wenn wegen der geringen Abmessungen oder wegen sonstiger ungünstiger Beschaffenheit eine Kennzeichnung des Bestandteils nicht möglich ist.

3. Kennzeichnung verpackter asbesthaltiger Erzeugnisse

3.1. Bei verpackten asbesthaltigen Erzeugnissen muss auf der Verpackung deutlich lesbar und unverwischbar folgende Kennzeichnung angebracht sein:

a) das Symbol und die dazugehörigen Gefahrenhinweise entsprechend diesem Anhang;

b) Sicherheitsratschläge, die entsprechend den Angaben dieses Anhangs auszuwählen sind, sofern sie für das jeweilige asbesthaltige Erzeugnis in Frage kommen.

Sofern auf der Verpackung weitere Sicherheitshinweise gegeben werden, dürfen diese die Angaben nach den Buchstaben a) und b) weder abschwächen noch ihnen entgegenstehen.

3.2. Die Kennzeichnung nach Nummer 3.1 muss

- auf einem fest auf der Verpackung haftenden Kennzeichnungsschild oder

- auf einem fest mit der Verpackung verbundenen Anhängeschild (Anhänger) oder

- unmittelbar durch Aufdruck auf die Verpackung erfolgen.

3.3. Asbesthaltige Erzeugnisse, die nur lose in Plastikfolie oder dergleichen verpackt sind, gelten als verpackte Erzeugnisse und sind nach Nummer 3.2 zu kennzeichnen. Werden einzelne Erzeugnisse solchen Verpackungen entnommen und unverpackt in den Verkehr gebracht, so ist jeder kleinsten Liefereinheit ein Zettel mit einer Kennzeichnung nach Nummer 3.1 beizufügen.

4. Kennzeichnung unverpackter asbesthaltiger Erzeugnisse

Bei unverpackten asbesthaltigen Erzeugnissen muss die Kennzeichnung nach Nummer 3.1

- auf einem fest auf dem asbesthaltigen Erzeugnis haftenden Kennzeichnungsschild oder

- auf einem fest mit dem asbesthaltigen Erzeugnis verbundenen Anhängeschild (Anhänger) oder

- unmittelbar durch Aufdruck auf das asbesthaltige Erzeugnis

oder, wenn diese Verfahren sich nicht sinnvoll anwenden lassen, z.B. wegen der geringen Abmessungen des Erzeugnisses, wegen sonstiger ungünstiger Beschaffenheit oder wegen bestimmter technischer Schwierigkeiten, durch einen Zettel mit einer Kennzeichnung nach Nummer 3.1 erfolgen.

5. Unbeschadet von Gemeinschaftsbestimmungen in bezug auf Sicherheit und Hygiene am Arbeitsplatz sind der Kennzeichnung der Erzeugnisse, die im Rahmen ihrer Verwendung verarbeitet oder weiterbearbeitet werden können, alle Sicherheitsratschläge beizufügen, die für das betreffende Erzeugnis geeignet sein können, insbesondere folgende Angaben:

- Nach Möglichkeit im Freien oder in gut gelüfteten Räumen arbeiten!

- Möglichst handbetriebene oder langsamlaufende Geräte, erforderlichenfalls mit Staubauffangvorrichtung, verwenden! Werden schnell laufende Geräte verwendet, sollten diese stets mit solchen Vorrichtungen versehen sein.

- Vor dem Schneiden oder Bohren möglichst befeuchten!

- Staub befeuchten, in ein gut schließendes Behältnis füllen und gefahrlos beseitigen!

6. Die Kennzeichnung von zur Verwendung im Haushalt bestimmten Erzeugnissen, die nicht unter Nummer 5 fallen und bei denen während ihrer Verwendung Asbestfasern freigesetzt werden können, sollte, falls erforderlich, folgenden Sicherheitsratschlag enthalten: "Bei Abnutzung ersetzen!".

7. Die Mitgliedstaaten können das Inverkehrbringen asbesthaltiger Erzeugnisse in ihrem Gebiet davon abhängig machen, dass die Kennzeichnung in ihrer (ihren) Amtssprache(n) abgefasst ist.

**B. Besondere Bestimmungen über die Kennzeichnung von PCB und PCT enthaltenden Erzeugnissen**

Unbeschadet der Bestimmungen anderer Richtlinien über die Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen können die Mitgliedsstaaten vorschreiben, dass die PCB und PCT enthaltenden Geräte und Vorrichtungen auch mit Angaben über die Beseitigung von PCB und PCT sowie über die Instandhaltung und Verwendung versehen werden. Diese Angaben müssen waagerecht gelesen werden können, wenn der Gegenstand, der PCB oder PCT enthält, in üblicher Weise abgestellt oder befestigt ist. Die Aufschrift muss sich vom Untergrund deutlich abheben.

Die Mitgliedsstaaten können verlangen, dass die Aufschrift in einer in ihrem Gebiet verständlichen Sprache abgefasst wird.

1. ABl. Nr. C 60 vom 13. 3. 1975, S. 49. [↑](#footnote-ref-1)
2. ABl. Nr. C 16 vom 23. 1. 1975, S. 25. [↑](#footnote-ref-2)
3. ABl. 196 vom 16.8.1967, S. 1. [↑](#footnote-ref-3)
4. ABl. L 194 vom 25.07.1975, S. 39 [↑](#footnote-ref-4)
5. ABl. L 377 vom 31.12.1991, S. 20 [↑](#footnote-ref-5)
6. Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (ABl. Nr. L 256 vom 7.9.1987). [↑](#footnote-ref-6)
7. Die Anlagen zu den Nrn. 29 bis 31 sind Bestandteil der Chemikalienverbotsverordnung und entsprechen weitgehend - aber zeitverzögert - Anhang I der RL 67/548/EWG. [↑](#footnote-ref-7)